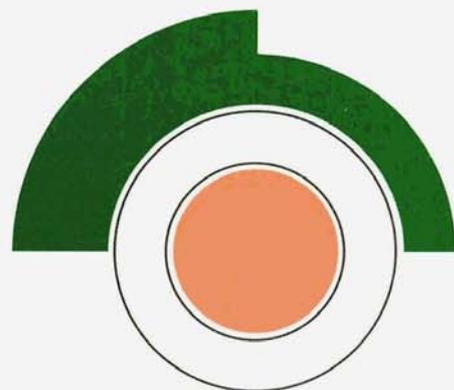


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 12



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 12. 9. 1995

WORT UND WIDERWORT

64 Schulen aus NRW begehen „Weltkindertag“ im Parlament

Aus Anlaß des Weltkindertages 1995 findet auch in diesem Jahr wieder die Veranstaltung „Kinder im Parlament“ im nordrhein-westfälischen Landtag statt. Das diesjährige Motto lautet „Wir lassen uns nicht verwalten — Wir wollen die Zukunft gestalten“.

Eingeladen sind 64 Schulen mit fast 400 Kindern im Alter zwischen 12 und 14 Jahren, die durch das Los bestimmt wurden. Die Teilnehmerliste reicht von der Olof-Palme-Gesamtschule in Hiddenhausen bis zur Sonderschule An der Höh in Lüdenscheid. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat die Landtagsabgeordneten eingeladen, wieder zahlreich an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Politikerinnen und Politiker können ihre eigenen Kinder und Enkelkinder mitbringen. Die Veranstaltung findet am Dienstag, 19. September, im Landtag statt. Wie in jedem Jahr wollen wieder freiwillige Helferinnen und Helfer aus dem Parlament zum Gelingen von „Kinder im Parlament“ beitragen. Erst kürzlich waren zwei Mädchen aus Bergisch-Gladbach und Bocholt zu Gast beim Landtagspräsidenten. Sie hatten den Luftballonwettbewerb aus Anlaß des Weltkindertages 1994 gewonnen (siehe Seite 15).

Im vergangenen Jahr stand die Veranstaltung unter dem Motto „Sucht vermeiden, statt zu leiden“, wobei die Kinder im Parlament eine Resolution zum Kampf gegen Sucht verabschiedeten. Insgesamt hat es bereits fünf Veranstaltungen „Kinder im Parlament“ gegeben, von denen die vorletzte unter dem Leitwort „Zusammen leben — einander verstehen“ abgelaufen war und thematisch das Problem zunehmender Gewalt und Intoleranz in der Gesellschaft beinhaltete.

Die Woche im Landtag

Betriebsausflug

Düsseldorf war Ziel des diesjährigen Betriebsausflugs des Bundespräsidialamts. Bundespräsident Herzog nahm die Gelegenheit wahr, das neue Landtagspräsidium kennenzulernen. (Seite 3)

Erwerbsarbeit

Der Landtag hat erstmalig eine Enquete-Kommission zur Zukunft der Erwerbsarbeit im Land eingesetzt. (Seite 4)

Kabinett

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sein Kabinett mit den neuen Ministerinnen und Ministern berufen. (Seite 8)

Landtagsdienste

Über Hilfsdienste für die Arbeit der Abgeordneten informiert ein nach alphabetischen Stichworten geordneter Beitrag. (Seite 10)

Neubeginn

Vor 50 Jahren hat sich das Parteiensystem an Rhein und Ruhr neu formiert. Der demokratische Neubeginn nahm seinen Lauf. (Seite 16)

Europapolitik

Die Landesparlamente wollen mit dem Deutschen Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union künftig eng zusammenarbeiten. (Seite 18)

Hochleistungsnetze fördern neue Zusammenarbeit

Hochschulen über Telekooperation

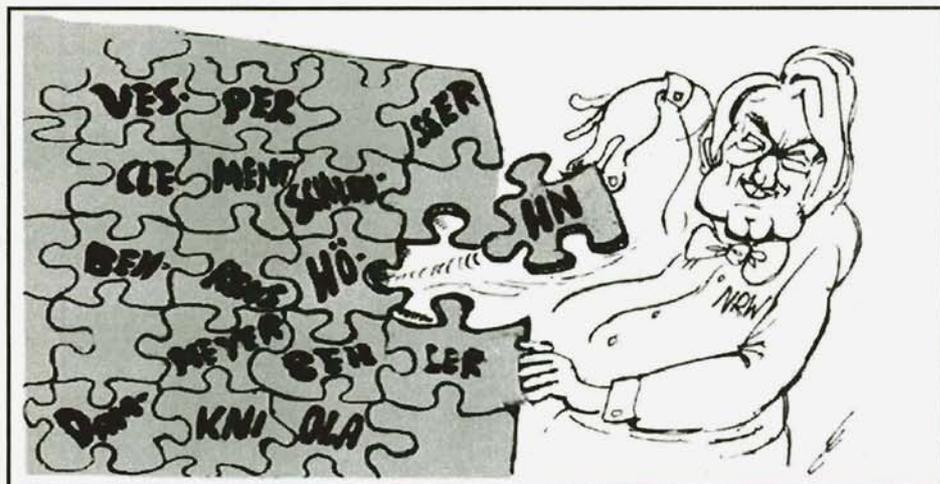
Hochleistungsnetze ermöglichen eine neue Form der wissenschaftlichen Kooperation (Telekooperation) innerhalb der Hochschulen und hochschulübergreifend.

Das erklärt Wissenschaftsministerin Anke Brunn in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Donata Reinecke (beide SPD) zu Datenverarbeitungsinfrastruktur und -entwicklungen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen.

Frau Brunn gibt ihrer Kollegin recht, daß es die Entwicklung der Datenverarbeitung bzw. der Informations- und Kommunikationstechnik notwendig mache, „kooperative, verteilte Datenverarbeitungs-Versorgungskonzepte“ für die Hochschulen zu erarbeiten und zu realisieren.

Die Landesregierung habe bereits 1992 und 1994 die Universitäten gebeten, ihre Vorstellungen darzulegen. Sämtliche Universitäten hätten detaillierte Berichte eingereicht, die externen Fachleuten und dem Wissenschaftlichen Ausschuß für die Landes-EDV-Versorgung zur Stellungnahme vorgelegt worden seien. Die Ergebnisse würden den Hochschulen in Kürze mitgeteilt.

Universitäten und Gutachter seien sich darin einig, daß es weiterhin eine zentrale Betriebseinheit Hochschulrechenzentrum mit einer Vielzahl neuer Aufgaben geben müsse (Drs. 12/87).



Neues Kabinett — endlich fertig

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

Gartenschau wirkt als Motor für städtebauliche Entwicklung

Seine erste Arbeitstagung in der neuen Wahlperiode nutzte der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU) zu dem schon zur Tradition gewordenen Gespräch mit Vertretern des nordrhein-westfälischen Gartenbaus. Der Austausch fand am 7. September in Grevenbroich statt, dem Ort der diesjährigen Landesgartenschau. Begrüßt wurden die Teilnehmer der Sitzung, an der auch die neue Landesministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Bärbel Höhn (GRÜNE) teilnahm, vom Bürgermeister der Stadt an der Erft, dem SPD-Landtagsabgeordneten Erich Heckelmann.

Heckelmann erwähnte das gute Abschneiden Grevenbroichs beim Europäischen Blumenschmuckwettbewerb (4. Platz vor dem belgischen Brügge) und würdigte mit Stolz den ersten Preis für Landschaftsgestaltung in einer Industriestadt. Grevenbroich als „Stadt zwischen Korn und Kohle“ lebe mit und von der Industrie. Hier würden in Braunkohlekraftwerken 4700 Megawatt Energie erzeugt; in der Stadt gebe es die derzeit größte Solarenergieanlage Westeuropas, auf der Vollrathen Höhe stünden Windkraftäder, und die Wasserkraft Sorge für 100 Kilowatt elektrische Leistung. Heckelmann unterstrich den Rechtsanspruch auf Garzweiler II und nannte den Aufschluß dieses Tagebaus „unverzichtbar“.

Stadtdirektor Heiner Küpper umriß es als Ziel der Landesgartenschau in Grevenbroich, mit deren Planung die Stadt sich seit 1988 beschäftigt habe, „ein lebenswertes Umfeld in einem Raum von großindustrieller Braunkohleverstromung zu schaffen“. Im Zuge der Gartenschau seien vielfältige städtebauliche Maßnahmen durchgeführt worden, 100 Millionen Mark habe man in den öffentlichen Bereich investiert, 18 Millionen seien der Landesgartenschau zugute gekommen. Eine der Folgen sei gewesen, daß die Erft, jener Fluß mit einem Sechstel natürlichem und fünf Sechsteln Sumpfungswasser des Bergbaus, für die 63000 Einwohner der Stadt wieder erfahrbar gemacht worden sei. Die seien zwar im Vorfeld gegenüber der Landesgartenschau kritisch eingestellt gewesen, diese Haltung habe sich jedoch inzwischen grundsätzlich ins Positive gewendet. So sei in Grevenbroich eine erhebliche



Lokaltermin für die Fotografen: Ausschußvorsitzender Heinrich Kruse (l.), Ministerin Bärbel Höhn (M.) und Gastgeber Erich Heckelmann (r.) vor dem Alten Rathaus von Grevenbroich.

Steigerung der Nachfrage im Wohnungsbau und bei der Gewerbeansiedlung festzustellen. Er könne jeder Stadt nur raten, eine Landesgartenschau durchzuführen, schloß Küpper, denn bei allen Belastungen sei sie langfristig ein sehr großer Erfolg für das Gemeinwesen. Nach Schätzung des Stadtdirektors werden am Ende (24. September) bis zu einer Million Besucher die Landesgartenschau Grevenbroich angeschaut haben. Nach diesen einführenden Worten oblag der Ausschuß seiner „guten Übung“ (Kruse), die Gartenbauverbände des Landes anzuhören. Bernd Werner, Präsident des Landesverbandes Gartenbau Rheinland e.V., unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung, indem er die Wertschöpfung aller rund 11000 Betriebe mit knapp 40000 Beschäftigten im vergangenen Jahr auf 4,8 Milliarden Mark bezifferte. Das sei 75 Prozent mehr als im Jahr 1980, betonte Werner und bezeichnete den nordrhein-westfälischen Gartenbau als „dynamischen Wirtschaftsbereich mit teilweise erheblichen Zuwachsraten“.

Während in der Industrie millionenfach Ar-

beitsplätze abgebaut würden, habe sich seit 1980 die Zahl der im Gartenbau Beschäftigten um 9000 erhöht, betonte der Präsident und ging näher auf die Lage in den einzelnen Sparten ein, wobei er dem nordrhein-westfälischen Blumen- und Zierpflanzenbau mit seiner Wertschöpfung von 950 Millionen Mark eine hervorragende Rolle im gesamten deutschen Gartenbau attestierte. Auch hier sei die Zahl der Beschäftigten angewachsen, doch habe sich die Anzahl der Betriebe von 4400 auf 3300 verringert — eine strukturelle Entwicklung, die sich allgemein abzeichne. Der Präsident betonte die Bemühungen um eine umweltgerechte Pflanzen- und Obstproduktion, dafür würden sogar Minderungen bei der Erntemenge in Kauf genommen. So gebe es erhebliche Anstrengungen beim Wasserschutz und beim umweltschonenden Düngereinsatz. Im Obst- und Gemüsebau habe man in der Bundesrepublik fast kein zugelassenes Pflanzenschutzmittel mehr, betonte der Präsident des Provinzialverbandes Rheinischer Obst- und Gemüsebauern, Josef Klein. Er kam damit auf nationale und internationale Wettbewerbsverzerrungen zu sprechen, die die Lage der deutschen Betriebe zunehmend erschweren.

Während Italien seine Produktion im Obstbau — auch unter verstärktem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln — erheblich ausbaue, werde hierzulande die Zurückhaltung der deutschen Erzeuger nicht honoriert: Der Kunde nehme nur einwandfreie Ware ab, eine Schnecke im Salat werde nicht toleriert, und ein einziger Hagelschauer mache eine ganze Obsternte nur noch fürs Vermosten tauglich. Dabei seien die Prämien für die unumgängliche Hagelversicherung stark gestiegen; seit etwa zehn Jahren bezuschusse das Land Baden-Württemberg die Versicherungsprämien bis zu zwanzig Prozent. Das sollte auch das Land NRW in Erwägung ziehen, fanden die Sprecher der Verbände, denen es zudem besonders am Herzen lag, daß die Landwirtschaftskammern ihr Beratungs- und Versuchswesen weiterhin zum Nutzen der Betriebe fortsetzen können.

Ein weiteres Problemfeld war die einzelbetriebliche Förderung im Gartenbau, wo die Verbände die unzureichende Bereitstellung öffentlicher Mittel dafür verantwortlich machten, daß strukturverbessernde Wirkungen kaum zu erzielen seien. Darum fordere man eine Eigenkapitalhilfe in Analogie zur gewerblichen Wirtschaft und — nicht zuletzt — eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge. Rückgang sei auch bei der Förderung von umweltfreundlichen Investitionen festzustellen. Der ermäßigte Steuersatz im Zierpflanzenbau dürfe nicht in zwei Jahren auslaufen, sondern müsse auf Dauer gelten. Als „nicht sehr sinnvoll“ wurde eine Energiesteuer angesehen; wenn, dann sei sie auf europäischer Ebene durchzuführen, anderenfalls gebe es weitere Wettbewerbsverzerrungen. Der Gartenbau könne sich eher mit einer Energieabgabe anfreunden, die bei Sparmaßnahmen wieder zurückfließe.

Zu Beginn der Sitzung hatte Ausschußvorsitzender Heinrich Kruse (CDU) die sachlich-konstruktive Zusammenarbeit im Landwirtschaftsausschuß unterstrichen. Um die im Lande anstehenden Probleme zu lösen, bot er der Ministerin die Kooperation in diesem Geist an. Bärbel Höhn: „Ich nehme das Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit gerne an.“



Ausschußmitglieder und Begleitung vor der Kulisse des Alten Schlosses, dessen Palas aus Anlaß der Landesgartenschau renoviert und zu einem wahren Schmuckstück herausgeputzt worden ist.

Bundespräsidialamt:

Landeshauptstadt und der Landtag als Ziele des Betriebsausflugs

Düsseldorf war das Ziel des diesjährigen Betriebsausflugs des Bonner Bundespräsidialamts. Bundespräsident Dr. Roman Herzog, seine Frau Christiane und die Bediensteten des Amtes verbrachten einen informativen und unterhaltsamen Tag (31. August) in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Fixpunkt im umfangreichen Besichtigungsprogramm war mittags das neue Landtagsgebäude am Rhein, wo die Gäste von Landtagspräsident Ulrich Schmidt willkommen geheißen wurden.

Der Landtagspräsident erinnerte zu Beginn seiner Begrüßung an die drei Bundespräsidenten (Lübke, Heinemann, Scheel), die im nordrhein-westfälischen Landtag ihre politische Karriere begonnen haben, bevor sie in das höchste Staatsamt gewählt wurden. Er gratulierte den Gästen aus Bonn zu ihrer Entscheidung: Das Programm des Betriebsausflugs zeige, „wie umfangreich und vielschichtig die wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Angebote unseres Landeshauptstadt Düsseldorf sind“.

Viele Beschäftigte des Bundespräsidialamtes lebten schon seit Jahren in diesem Land mit seiner reichen Kulturlandschaft, mit seinen Hochschulen, Wissenschafts- und Technologiezentren, die zukunftsweisende Dienstleistungen und moderne Industrien verbänden. Wegen des Umzugs nach Berlin werde sich mittelfristig das für manche ändern. Schmidt: „Nun will ich nicht dazu beitragen, Ihren Abschiedschmerz noch zu vergrößern.“ Bevor er den Besuchern angenehme und interessante Stunden in Düsseldorf wünschte, machte der Landtagspräsident auf den Strukturwandel aufmerksam, in dem das Land und vor allem sein Kern, das Ruhrgebiet, stünden und wo man bereits ein gutes Stück



Im Gespräch mit Bundespräsident Herzog (l.): Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

vorangekommen sei. Die 221 Abgeordneten des 12. Landtags hätten die Aufgabe, sich bis zum Jahr 2000 weiter um den Ausbau des Standorts Nordrhein-Westfalen zu bemühen: „Es geht um Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung.“

Der Landtag Nordrhein-Westfalen sei auch gewillt, eine politisch gestaltende Rolle in Deutschland und Europa wahrzunehmen und seinen Beitrag bei der Lösung drängender Probleme zu leisten, fuhr Schmidt fort und plädierte dafür, die Kompetenzen der Länder und ihrer Parlamente zu stärken und auf keinen Fall weiter zu mindern: „Das entspricht dem föderativen Prinzip und ist nach unserer Überzeugung politisch notwendig, um voranzukommen bei der inneren Einheit Deutschlands wie auch beim europäischen Einigungsprozeß.“ Bei allem stehe man in der Pflicht, die Distanz zwischen dem Parlament und Teilen der Bevölkerung zu verringern. Dem komme die Praxis im nordrhein-westfälischen Landtag nahe, der Ausschüsse für die Öffentlichkeit geöffnet habe, eine attraktivere Gestaltung der Tagesordnung für Plenarsitzungen anstrebe und den Dialog mit den

Bürgerinnen und Bürgern weiter intensivieren wolle.

Aus dem Stegreif antwortend unterstrich Bundespräsident Dr. Roman Herzog gerade diesen Aspekt. An der Stätte des parlamentarischen Worts richtete er an die Politiker den Appell, dazu beizutragen, „daß unsere Parlamente dem Bürger wieder näherkommen“. Das bedeute nicht, dem Bürger nach dem Munde zu reden und sei auch mehr als die bloß zweckmäßige Gestaltung von Sitzungen. Es beginne bei der Sprache, erklärte der Bundespräsident. Die Versuchung, immer mehr in Fachjargon zu verfallen, sei sehr groß; für die Experten in Parlamenten und Regierungen sei er oft die Basis, um sich auszutauschen und über ein Problem zu verständigen. Herzog: „Es ist aber Thema der Demokratie, das Fachchinesisch für den Bürger wieder ins Deutsche zu übersetzen.“ Sprach's und freute sich auf das Essen im Casino des Landtags, „das hoffentlich sehr gut sein wird“. Dann fügte er - im Ernst - hinzu, er und seine Mitarbeiter seien nicht gekommen, um das Können der Landtagsköche zu beurteilen, sondern um von denjenigen zu lernen, die „näher an der Verwaltungsfrente“ säßen. Bei einer so weit oben angesiedelten Behörde wie dem Bundespräsidialamt bestehe die Gefahr, „manchmal in den Wolken zu sitzen“.

Wie bei jedem gutorganisierten Betriebsausflug hatten sich die über 135 Besucherinnen und Besucher aus Bonn in Gruppen aufgeteilt. Während der Bundespräsident vormittags den Henkel-Werken eine Visite abstattete, informierte sich ein Teil auf dem gerade stattfindenden Caravan-Salon auf dem Messegelände, andere hatten sich für das Löbbecke Museum + Aquazoo entschieden. Nachmittags standen zur Wahl ein Besuch in der Kunsthalle („Japanisches Design – 1950 bis heute“), ein Orgelkonzert in St. Lambertus oder eine Tour durch die Altstadt. Um 17 Uhr schließlich hatte die Düsseldorf Oberbürgermeisterin Marlies Smeets zu einem Empfang in das Rathaus eingeladen.



Empfang für den Bundespräsidenten im Landtag (v. r.): Präsidiumsmitglied Gisela Meyer-Schiffer (SPD), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Bundespräsident Herzog und der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Großsender. Fotos: dpa



Arbeitsmarktpolitik wirft viele Fragen auf: v. l. Klaus Matthiesen (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Brigitte Herrmann (GRÜNE), Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und Dr. Helmut Linssen (CDU).
Fotos: Schälte

Landtag setzt auf Antrag der SPD erstmalig Enquetekommission ein

Der Landtag hat auf Antrag der SPD-Fraktion erstmalig die Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ beschlossen, die vor allem Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen erarbeiten soll. Für den Antrag stimmte außer dem grünen Koalitionspartner auch die CDU-Opposition, die einen eigenen Änderungsantrag zurückzog. Für den Vorsitz wurde der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann vorgeschlagen. Unter seiner Führung soll die 13köpfige Enquetekommission dem Landtag einen Bericht mit Ratschlägen zu Arbeitsmarktpolitik und sozialem Sicherungssystem erarbeiten (Drs. 12/26). Farthmann hat inzwischen abgelehnt. Die Beratung fand noch vor der Sommerpause statt.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte, 3,5 Millionen registrierte Arbeitslose suchten eine Erwerbstätigkeit. Hinzu komme eine stille Reserve von mindestens zwei Millionen. Von der Arbeitslosigkeit betroffen seien nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch ihre Familien und vor allem die Kinder. Matthiesen stellte fest: „Politik und Wirtschaft haben bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch eine aktive Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik versagt bzw. keinen durchschlagenden Erfolg gehabt. Eine effektive Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient, ist nicht vorhanden.“ Die Wettbewerbsposition habe sich auch durch die faktische Aufwertung der D-Mark verschlechtert. Insgesamt fehle eine vorausschauende Industrie- und Strukturpolitik, um auf diese Entwicklung in Deutschland wirksam zu reagieren. Zum ersten Mal in der Industriegeschichte bestehe die akute Gefahr, daß Deutschland den Anschluß an die Technologien der Zukunft verliere, mit unabsehbaren Auswirkungen für die Beschäftigungssituation. Deutschland halte zur Zeit den Anschluß nur durch eine massive Rationalisierungswelle, verbunden mit einem einschneidenden Personalabbau. „Mit unserem Steuer- und Sozialsystem haben wir ein Netz der sozialen Sicherung aufgebaut, auf das wir im weltweiten Vergleich stolz sein können. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß dieses System mit

Zukunft der Erwerbsarbeit verlangt angesichts vieler Arbeitsloser nach Konzepten

starker Belastung des Faktors Arbeit tendenziell dem Ziel der Vollbeschäftigung auch entgegenwirkt“, sagte der Fraktionschef. Das Steuersystem sei von arbeitsmarktpolitischen Zielen abgekoppelt. Steuern und Abgaben belasteten in erster Linie den Produktionsfaktor Arbeit. 62 Prozent der gesamten Steuereinnahmen kämen aus der Besteuerung der menschlichen Arbeitskraft, nur 9,3 Prozent betrage die Belastung auf Naturverbrauch und Umwelt. Der Versuch, durch Leistungskürzungen Arbeitslose zur Annahme einer Beschäftigung zu mobilisieren, schlage fehl, weil nicht genügend bezahlte Erwerbsarbeit vorhanden sei. Dieser Prozeß werde im Ergebnis dazu führen, daß immer mehr Menschen in die Sozialhilfe abgedrängt würden. Die finanzielle Belastung von Ländern und Kommunen sei die zwangsläufige Folge. „Wir Sozialdemokraten halten nachhaltig an dem Ziel einer Beschäftigung für alle fest“, unterstrich Matthiesen. Von dem Strukturwandel und dem damit einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen sei Nordrhein-Westfalen stark betroffen. Zwischen 1984 und 1992 seien hier 750 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden. Mit diesem Erfolg sei jedoch das Problem der Arbeitslosigkeit im Land keineswegs gelöst. Jenseits der Arbeitsmarktpolitik müsse jetzt generell über die Zukunft der Erwerbsarbeit nachgedacht werden. Dabei stellten sich u. a. die Fragen, welches Potential an Erwerbsarbeit bestehe, wo zusätzliche Erwerbsarbeit geschaffen werden könne, wie eine durch persönliche Lebensstile verursachte Nachfrage nach sozialen und persönlichen Diensten in Erwerbsarbeit umgesetzt werden könne, wie diese gerechter aufgeteilt werden könne und wie das Steuer- und Abgabensystem umgestaltet werden müsse, damit Unternehmen einen besseren Anreiz zur Schaffung von Arbeitsplätzen hätten. Die SPD schlage die Einsetzung einer Enquetekommission vor, die sich mit diesen Themen befasse. In sie sollten neben Parlamentariern anerkannte Fach-

leute berufen werden. Die SPD-Fraktion schlage vor, Professor Dr. Friedhelm Farthmann zum Vorsitzenden dieser Kommission zu bestellen. Der Landtag erwarte ein Handlungskonzept, das insbesondere auf Landesebene greife.

Hermann-Josef Arentz (CDU), erklärte, die CDU begrüße und unterstütze die Absicht, eine Enquetekommission zum Thema „Zukunft der Arbeit“ einzurichten. Die Zukunft der Arbeit und die Sicherheit der Arbeitsplätze bewegten in der Tat wie kein anderes Thema die Menschen im Land. Das sei bei 3,5 Millionen Arbeitslosen bundesweit und über 750 000 in Nordrhein-Westfalen weiß Gott kein Wunder. „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nach unserer Überzeugung neben der Erhaltung des inneren und des äußeren Friedens die wichtigste Aufgabe für alle politischen Ebenen.“ Die Möglichkeit des Menschen, sich in Arbeit selbst zu verwirklichen, sei ein unverzichtbarer Bestandteil seiner menschlichen Würde. „Wer arbeiten möchte, aber keine Arbeit findet, dem fehlt nicht nur das Einkommen, sondern dem fehlt der soziale Halt, dem fehlt eine wichtige Chance zur Selbstverwirklichung, dem fehlen soziale Kontakte, gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.“ Im Antrag der SPD würden viele Gesichtspunkte des Themas angesprochen. Ein nach Auffassung der CDU zentraler Gesichtspunkt komme dabei zu kurz. Man habe ihn deshalb in Form eines Ergänzungsantrags aufgenommen. Die Enquetekommission dürfe sich nicht nur allgemein und auf einem hohen Abstraktionsniveau mit der Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeit befassen, sie müsse auch ganz konkret über die Bedingungen für mehr Erwerbsarbeit in Nordrhein-Westfalen sprechen. Ein Blick auf die Arbeitsmarktzahlen zeige, daß die Arbeitsmarktlage „in unserem Land“ deutlich schlechter sei als im Bundesdurchschnitt. Nach den neuesten Zahlen liege die Arbeitslosigkeit in NRW immer noch bei mehr als 10 Prozent,



Im Plenum festgehalten: im linken Bild Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose im Gespräch mit der neuen CDU-Abgeordneten und jüngsten Politikerin im Landtag, Tanja Brakensiek — im rechten Bild der neue SPD-Abgeordnete Frank Baranowski.
Fotos: Schälte

während die in den westlichen Ländern im Durchschnitt bei weniger als acht Prozent liege. Die Investitionsquote des Landes sei während der Regierungszeit der SPD von 26 auf 11 Prozent gefallen. Zukunftsorientierte Produktions- und Forschungsbereiche wie etwa die Biotechnologie und die Gentechnologie seien aus NRW vertrieben und ins Ausland verlegt worden. NRW habe eine dramatische Lücke an selbständigen Existenzen von 23 000 kleinen und mittleren Betrieben. Das entspreche etwa 180 000 Arbeitsplätzen, die allein an diesem Punkt fehlten. Es sei schon bemerkenswert, daß inzwischen selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund in NRW von einem Prozeß der Entindustrialisierung spreche, der den Standort NRW ernsthaft gefährde. Wörtlich sagte Arentz: „Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl zwischen SPD und GRÜNEN machen wenig Hoffnung, daß die Situation am Arbeitsmarkt besser wird. Im Gegenteil! Auf einen wohltemperierten sozialdemokratischen Stillstand droht rot-grüner Rückschritt zu folgen.“ Allein die extrem gegensätzliche Interpretation der Vereinbarung zu Garzweiler schaffe flächendeckende Unsicherheit für Investoren, und zwar nicht nur in bezug auf den Braunkohlentagebau. Die Enquetekommission müsse sich nach Auffassung der CDU eingehend mit den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit in NRW befassen. Dazu müsse sie Antworten auf Fragen geben, wie Schule in NRW organisiert sein müsse, wie berufliche Bildung organisiert sein müsse, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aussehen müßten und welche Bedeutung ganz generell staatlicher Verlässlichkeit für neue Investitionen und neue Arbeitsplätze zukomme. In der Arbeit der Enquetekommission müsse aus Sicht der CDU der Grundgedanke klar sein, daß der Schlüssel zu mehr Beschäftigung nicht in staatlichen Beschäftigungsprogrammen, sondern darin liege, daß man Innovation, Kreativität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie die lebenslange arbeitsbegleitende Qualifizierung der Unternehmer fördere. Die CDU bekenne sich eindeutig und klar zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dennoch sei das Wichtigste, was man im Land brauche,

mehr Arbeitsplätze im regulären Arbeitsmarkt. „Ohne mehr Arbeitsplätze auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt enden alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen letztlich wieder in der Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeitnehmers.“

Brigitte Herrmann (GRÜNE) betonte, die Gegenwart der Erwerbsarbeit lasse nicht gerade hoffen. Die momentane Situation sei gekennzeichnet von ständig steigender Arbeitslosigkeit. Jede Wirtschaftskrise schicke mehr Menschen in die Erwerbslosigkeit. Da gebe es Menschen, zum überwiegenden Teil Frauen, die bis zu täglich 14 Stunden arbeiteten, indem sie den Haushalt führten, Kinder erzögen, die Eltern pflegten und zusätzlich ehrenamtlich tätig seien, und sie erwürben oft nicht einmal gesellschaftliche Anerkennung. Da gebe es Menschen, die bewürben sich um einen Ausbildungsplatz, und sie erwürben die Erkenntnis, daß es keine Zukunftsperspektive für sie gebe. Da gebe es Menschen, und wieder hauptsächlich Frauen, die ihr Leben lang in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig seien und sich damit Altersarmut erwürben. Bedauerlicherweise sei für viele Menschen der sogenannte zweite Arbeitsmarkt die letzte Hoffnung. Doch müsse man feststellen: Je leerer die öffentlichen Kassen, desto mehr unterliege dieser zweite Arbeitsmarkt Einschränkungen. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe bedrohlich auseinander. Die Umverteilung von unten nach oben nehme seit Jahren ihren Lauf. Dadurch, daß immer mehr Menschen vom ersten und auch vom zweiten Arbeitsmarkt verdrängt würden, entstehe indes schon der dritte Arbeitsmarkt. Dieser dritte Arbeitsmarkt, das Verbrechen, die Kriminalität, floriere mit enormen Wachstumsraten, von denen die Wirtschaft auch in guten Jahren nur träumen könne. Weltweit agiere die Mafia durch die von ihr geführten Großkonzerne. Frau Herrmann schloß: „Das wirft die Frage auf, ob es nicht vernünftiger ist, Arbeitsplätze, auch zum Beispiel in der Landesverwaltung, zu erhalten, statt Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten zu finanzieren.“ Sie meinte, Lösungsvorschläge habe man genügend und nannte Teilzeitarbeit, Überstundenabbau, Öko-Steuer, Ressourcensteuer, Bildung von

sozialen Betrieben, Arbeitszeitverkürzung, Grundsicherung aller Menschen. Sie begrüßte im Namen ihrer Fraktion die Einsetzung der Enquetekommission, zumal die Änderungsvorschläge der GRÜNEN voll in den SPD-Antrag eingegangen seien.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), der den Arbeitsminister vertrat, hielt fest, Nordrhein-Westfalen werde seinen Wirtschaftsstandort sichern, werde für Beschäftigungspolitik eintreten, werde ökologische Erneuerung betreiben — und das alles in sozialer Verantwortung. Der Regierungschef fuhr fort: „Es ist die erste Enquetekommission, die dieser Landtag überhaupt einsetzt. Es wird die erste sein. Ich halte das für einen wichtigen Schritt auch im Rahmen der neuen Geschäftsordnung und der Parlamentsreform.“ Die Landesregierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, damit diese Enquetekommission Erfolg habe. „Ich möchte Sie zu einem fairen Wettbewerb der Argumente einladen“, sagte Rau. Das gelte für die Enquetekommission, das gelte für die Arbeit „hier im Landtag“.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, merkte an, auch die CDU wolle einen fairen Wettbewerb. Man werde sich streng an der Sache, an der Koalitionsvereinbarung orientieren. „Wir sind sehr daran interessiert, in der Sache zu streiten, damit wir auch nach draußen klarmachen können, daß die CDU die bessere Alternative für Nordrhein-Westfalen ist, und daß Sie sich leider in einem Labyrinth von Formulierungen gefangen haben.“ Linssen wagte die Prophezeiung, „daß wir noch schlimmer als in der Vergangenheit damit zu tun haben werden, daß hier Stillstand herrscht, weil Sie in dieser Koalition nicht vorankommen. Sie hatten schon Entscheidungsschwierigkeiten in der früheren Alleinregierung gehabt“. Nunmehr seien die Konflikte so vorprogrammiert, daß er befürchte, das Land werde darunter leiden, daß eben nicht entschieden werde und die Wettbewerber — die anderen Länder — schneller vorankämen. „Das tut uns leid für unser Heimatland Nordrhein-Westfalen.“

Laurenz Meyer (CDU) vertrat die Ansicht, daß das Anliegen, das man hier besprochen

habe, eines der ganz ernstesten Anliegen überhaupt sei, „die wir zu behandeln haben“. Es sei die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Er glaube, man solle an der Stelle, weil man es auch mit einem sehr langfristigen Problem zu tun habe, all das für einen Augenblick vergessen, „was uns an Tagesaktualität über Koalitionsvereinbarungen und zukünftige Regierungserklärungen auf den Nägeln brennt“. Man sollte sich schlicht vornehmen, sich selbst keine Denkverbote aufzuerlegen und nicht von vornherein das für falsch zu halten, was ein anderer sage, sondern abzuklopfen, ob da nicht doch etwas Gutes für das Land dran sein könnte, ob es nicht zum Beispiel Sinn mache, um in der Aktualität des Tages zu bleiben, sich um Garzweiler-Arbeitsplätze und Arbeitsplätze in der Umwelttechnik, in den ökologischen Fragen zu kümmern. Diese Enquetekommission biete, so stelle man sich das von ihrer Besetzung her vor, Voraussetzungen, daß ohne Denkverbote an einem Thema intensiv gearbeitet werden könne und „wir vielleicht zu Antworten kommen, auf die wir ohne diese Enquetekommission nicht gekommen wären“.

Jürgen Büssow (SPD) sagte, er sei nicht nur froh darüber, daß man zum ersten Mal mit dem Institut der Enquetekommission im Landtag NRW arbeite, sondern auch darüber, daß sich diese Kommission mit dem Thema „Zukunft der Erwerbstätigkeit“ befasse. Mit der Kommission wolle man wichtige Fragen ansprechen. Den zentralen Punkt habe Kollege Arentz auch schon erwischt, zum Beispiel die Frage: Mehr Arbeitsproduktivität führe zu Arbeitslosigkeit und die Verhinderung von mehr Arbeitsproduktivität ebenfalls. Beides stimme übrigens. Wörtlich stellte der Politiker fest: „Wir haben früher gedacht, daß wir unsere Arbeits- und Industriegesellschaft so organisieren, daß wir immer in die nächsthöhere

Regierungserklärung und Vereidigung

Die Regierungserklärung zur 12. Wahlperiode sowie die Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und eine Aktuelle Stunde zum Braunkohleplan Garzweiler II bestimmen die Plenarsitzung des Landtags am Mittwoch, 13. September. Am darauffolgenden Donnerstag, 14. September, will sich das Parlament u. a. mit dem Nachtragshaushaltsgesetz, dem Zweiten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der Haushaltsrechnung des Landes für das Rechnungsjahr 1993 einschließlich des Jahresberichtes 1995 des Landesrechnungshofes sowie in einer Aktuellen Stunde mit der Vermögensteuer befassen.

Produktlinie hineingehen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Nachdem aber die größten Software-Häuser der Welt heute in Indien stehen, scheint uns dieser Weg verbaut zu sein. Die Entwicklung zu einer reinen Blaupausengesellschaft ist uns nicht mehr möglich.“ Es müsse einen öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs darüber geben, welches Verständnis man eigentlich von zukünftiger Arbeit habe, wie sie organisiert werden solle, welche Produkte man herstellen wolle und welchen Platz man im internationalen Wettbewerb einnehmen wolle. Sehr interessant seien zum Beispiel die Entwicklungen in Frankreich. Das zeige auch, daß sich die Kommission sehr stark mit internationalen Erfahrungen auseinandersetzen müsse, um hier eventuell zu lernen, nicht um Transfer 1 : 1 herzustellen, aber um Elemente zu finden, „die wir bei uns integrieren können“.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) betonte, der blinde Glaube an den Markt habe schon in der Vergangenheit zu immer höherer Erwerbslosigkeit geführt. Richtig sei vielmehr: Wer ablenken wolle von der eigenen politischen Handlungsfähigkeit zur Lösung aktueller politischer Probleme, der brauche einen Sündenbock. Wer Milliarden nehme, um die eigene Klientel in der Großindustrie zufriedenzustellen, der habe für aktive Arbeitsmarktpolitik kein Geld mehr. In den letzten Jahrzehnten hätten Maschinen weitgehend den Menschen in der privaten Produktion ersetzt. Immer mehr Output könne mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft hergestellt werden. Darum reiche heute auch ein Teil der Erwerbsbevölkerung aus, um Güter genug für die gesamte Bevölkerung zu produzieren. So fließe auch das Erwerbseinkommen nur einem Teil der Bevölkerung zu. Ein großer Teil der Menschen in Nordrhein-Westfalen könne sich nicht mehr leisten, was von anderen mit Überstunden hergestellt worden sei.

Krankenhausmüll

Beunruhigt zeigt sich Gerd Mai über die Verbrennung von Krankenhausmüll. In einer Kleinen Anfrage erkundigt sich der Grünen-Abgeordnete nach der sachgerechten Entsorgung des Sondermülls in nordrhein-westfälischen Verbrennungsanlagen. Die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Bärbel Höhn (GRÜNE) verweist in ihrer Antwort auf ein Merkblatt, das Vorgaben zur ordnungsgemäßen Entsorgung enthält, die für die fünf zuständigen Verbrennungsanlagen in NRW verbindlich sind. (DRS. 12/90).



Der Landtag hat, wie bereits kurz berichtet, noch vor der parlamentarischen Sommerpause Professor Dr. Peter Tettinger von der Ruhr-Universität Bochum zum stellvertretenden Wahlmitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (im linken Bild rechts) gab das Wahlergebnis im Plenum bekannt. 197 gültige Stimmen wurden abgegeben. 164 stimmten für Tettinger, sechs stimmten mit Nein. Es gab 27 Enthaltungen. Der Vizepräsident nahm die Vereidigung vor, zu der sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben. Wörtlich stellte Klose fest: „Ich beglückwünsche Sie im Namen des Hohen Hauses und wünsche Ihnen für Ihr neues verantwortungsvolles Amt viel Erfolg, eine gute Hand und eine gute Rechtsprechung“. — Im Anschluß an die Vereidigung nach Paragraph 5 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof fand ein Empfang bei Landtagspräsident Ulrich Schmidt (im rechten Bild 3. v. l.) statt, an dem auch der amtierende Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (r.), Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (2. v. r.), Professor Tettinger (3. v. r.), der Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Dr. h. c. Heinz Palm (l.) und der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender (2. v. l.) teilnahmen.

Fotos: Schälte

Kulturwirtschaftsbericht und Mode-Gutachten

Kunst und Kultur setzen Milliarden in Bewegung

Während der Sommerpause erreichte der 2. Kulturwirtschaftsbericht der Landesregierung (Information 12/21) den Landtag und steht nun zur Beratung in den Ausschüssen an. Er wurde auch auf dem NRW-Medienforum Mitte Juni in Köln vorgestellt. Neben der öffentlich subventionierten Kultur hat sich im Land Nordrhein-Westfalen, das geht aus dem Bericht hervor, die kommerzielle Kultur- und Medienwirtschaft als Wachstumsbranche etabliert. — Nach einem ebenfalls vom Wirtschaftsministerium dem Landtag übergebenen Gutachten (Vorlage 12/28) gibt es „Politikempfehlungen und Handlungsbedarf“ zur Weiterentwicklung von wirtschaftlichen Chancen der Modebranche NRW.

1992 legte das Wirtschaftsministerium den ersten Kulturwirtschaftsbericht vor. Fünf Institute hatten die Umsatz- und Arbeitsplatzentwicklung kulturwirtschaftlicher Sektoren untersucht und herausgefunden: In NRW gab es 44 000 kulturelle Unternehmen mit einem Umsatz von 66 Milliarden Mark, das waren fast vier Prozent der gesamten NRW-Wirtschaft.

Stärker noch als der Umsatzzuwachs um 130 Prozent gegenüber 1980 war der Anstieg bei den Arbeitsplätzen, nämlich auf 232 000 und damit 3,3 Prozent aller Arbeitsplätze im Lande NRW. Die Landesregierung freute sich über die Dynamik, die auch 1995 im zweiten Kulturwirtschaftsbericht bestätigt wurde.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein Branchenverbund neuen Typs, der beim Vergleich mit anderen Branchen, etwa Chemie oder Maschinenbau, ein schiefes Bild ergäbe. Zur Musikproduktion gehören beispielsweise sowohl Komponisten als auch Musiker und die Unterhaltungselektronik. Um Kulturwirtschaft zu erfassen, schlägt das Zentrum für Kulturforschung (Bonn), das an beiden Berichten beteiligt war, folgendes Modell vor: Die Werke und Ideen der freischaffenden Künstler werden verarbeitet und vertrieben durch: Musikwirtschaft, Tonträgerindustrie, Musikfachhandel, Kunstmarkt, Buchmarkt und Buchhandel sowie Film- und Fernsehwirtschaft. Ergänzend sind Werbung und Kunsthandwerk damit befaßt.

Im zweiten, jetzt vorliegenden Bericht werden in NRW solche Strukturen für fünfzehn Kulturregionen belegt: Hochsauerland-/Kreis Soest, Mittleres Ruhrgebiet, Dortmund/Unna/Hamm, Region Hagen, Siegen, Ostwestfalen/Lippe, Bergische Großstädte, Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein, Regionen Aachen, Bonn, Köln, Emscher Lippe, Münsterland.

Kulturwirtschaft im engeren Sinne erzielte 1990 in NRW Umsätze in Höhe von 10,7 Milliarden Mark. Musik und Film/Fernsehen (Fortsetzung Seite 12)

Zahlungen an Flughafen Essen/Mülheim zum Erhalt des sicheren Flugbetriebs

Im Haushalts- und Finanzausschuß standen in der von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung am 7. September nicht nur die Begrüßung der neuen Mitglieder und organisatorische Fragen zu Beginn der 12. Wahlperiode auf der Tagesordnung, sondern auch die Ausgabenkontrolle der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im ersten Quartal 1995.

Nach wiederholter Kritik des Haushaltsausschusses an der Häufung über- und außerplanmäßiger Ausgaben umfaßte der Bericht des Finanzministers für das erste Quartal 1995 nur fünf größere Posten, die jedoch ausführlich beraten wurden. Die größten Positionen waren fünf Millionen Mark für hochwassergeschädigte Rheinanlieger und weitere fünf Millionen Mark als Schuldendiensthilfen für Unternehmer, deren weitere Existenz durch das Jahrhundert-Hochwasser im Januar 1995 gefährdet war.

Von der Opposition stark kritisiert wurden rund 357 000 Mark überplanmäßige Ausgaben für Betriebskostenzuschüsse an die Flughafen Essen/Mülheim GmbH. Die Zahlung war nach Auffassung der Landesregierung unabweisbar, nachdem die beiden Mitgesellschafter, die Städte Essen und Mülheim an der Ruhr, weitere Zahlungen abgelehnt hatten. Zur Aufrechterhaltung des sicheren Flugbetriebs müsse das Land, abweichend von der bisherigen Finanzierungsweise, die Zuschüsse allein aufbringen. Dr. Stefan Bajohr und Alexandra Landsberg (beide GRÜNE) wollten u. a. die Zusammensetzung des Jahresfehlbetrags und das geplante weitere Vorgehen der Landesregierung erfahren, da in der Koalitionsvereinbarung der SPD und der Grünen vorgesehen ist, den Flugbetrieb auf dem Flughafen Essen/Mülheim, sobald rechtlich möglich, zu beenden. Da trotz ausführlicher Beratungen nicht alle Fragen dazu zufriedenstellend geklärt werden konnten, beschloß der Ausschuß, das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses weiter zu beraten.

Der neueste Schuldenstandsbericht des Finanzministers weist zum 30. Juni 1995 einen Schuldenstand von knapp 124 Milli-

arden Mark aus, ein Plus gegenüber dem vorigen Quartal von fast 2,5 Milliarden Mark, zuzüglich weiterer Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 5,7 Milliarden Mark. Die durchschnittliche Verzinsung des Schuldenstandes liegt nach Auskunft des Finanzministers derzeit bei 6,8 %.

Weiter beschäftigte den Ausschuß die Veräußerung eines landeseigenen unbebauten Grundstücks in Münster, für die die Landesregierung die Zustimmung des Landtags einholen muß. Das Gelände wird derzeit als Parkplatz genutzt. Nach den Planungen der Stadt sollen dort ein Hotelkomplex und Altenwohnungen errichtet werden. Die Abgeordneten interessierten sich auch für den Stand der Verhandlungen über den geplanten Verkauf des Schlosses Bensburg in Bergisch-Gladbach. In Presseberichten wurden schon verschiedene Nutzungsmöglichkeiten und -vorschläge aufgezeigt. Da die Fragen nicht vollständig beantwortet werden konnten, wird auch dieses Thema in der nächsten Sitzung behandelt. Der Ausschuß setzte wiederum einen Unterausschuß „Personal“ ein, der die Ausschlußbeschlüsse zu den Stellenplänen der Ressorts und anderen personalwirtschaftlichen Angelegenheiten der 2,3 Millionen Landesbediensteten vorberät. Dabei wird er vom Gutachterdienst der Landtagsverwaltung unterstützt.

Während Reinhold Trinius weiterhin das Amt des finanzpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion ausübt, benannten die beiden anderen Fraktionen neue Sprecher: Helmut Diegel (CDU) und Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE). Günter Harms ist — wie auch in der 11. Wahlperiode — stellvertretender Vorsitzender. Sieben der insgesamt 23 Abgeordneten sind Neulinge im Parlament.



Kreatives Schaffen in Entwürfen für die Damenmode demonstrierten Absolventen einer Modefachschule vor einiger Zeit den Abgeordneten in der Eingangshalle des Landtags.

Johannes Rau hat sein neues Kabinett berufen

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat am 17. Juli seine Ministerinnen und Minister berufen, darunter seinen Stellvertreter Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Chef der Staatskanzlei wurde als beamteter Staatssekretär der bisherige Leiter der Abteilung „Regierungsplanung und Ressortkoordination“, Rüdiger Frohn. Regierungssprecher ist Dr. Wolfgang Lieb geblieben. Bei den Ressortzuschnitten hat es einige Neuerungen gegeben. Beim Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr ressortiert jetzt – wie bis 1985 – die Verkehrspolitik. Die Medienwirtschaft ist hinzugekommen. Das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport soll künftig die Querschnittsaufgaben Stadtentwicklung, Kultur und Sport zusammenführen. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung soll auf der Grundlage des Berichts der vom Ministerpräsidenten eingesetzten Bildungskommission eine neue Phase der Bildungspolitik einleiten und die Bildungsreform voranbringen. Das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten erhält auch die Zuständigkeit für die Europapolitik. Der Ministerpräsident selbst will einen Stab für „Zukunftsfragen der gesellschaftlichen Entwicklung“ einrichten, bei dem die Arbeit der verschiedenen Institute des Wissenschaftszentrums und von Stiftungen des Landes gebündelt werden.



Kabinett mit neuen Gesichtern: v. l. Ministerpräsident Johannes Rau und die Minister sowie die Ministerin Heinz Schluëßer, Franz-Josef Kniola, Dr. Fritz Behrens, Wolfgang Clement, Franz Müntefering und Gabriele Behler (alle SPD).

Das Kabinett:

Heinz Schluëßer (59), Finanzminister, geboren in Oberhausen, verheiratet, fünf Kinder, seit 1957 Mitglied der SPD. 1954 Facharbeiterprüfung, Beschäftigung in einem Hüttenwerk. 1969 bis 1987 Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Oberhausen. Seit 1982 Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein, 1993 Mitglied des SPD-Parteivorstandes. Von 1969 bis 1988 Mitglied des Rates der Stadt Oberhausen. Seit 1975 Landtagsabgeordneter. Von 1979 bis 1988 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Seit Mai 1988 Finanzminister des Landes NRW. Seit Juni 1988 Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates, seit Oktober 1993 Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Franz-Josef Kniola (52), Innenminister, geboren in Dortmund, verheiratet, vier Kinder. Realschule und Steinmetzlehre. Von 1963 bis 1966 Studium an der Höheren Fachschule für Sozialarbeit Dortmund, Abschluß mit Staatsexamen. Ziviler Ersatzdienst. Von 1968 bis 1975 Bildungs- bzw. Jugendsekretär des SPD-Bezirks Westliches Westfalen. Seit 1976 freier Referent in der Erwachsenenbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1975 bis 1977 Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Dortmund. Von 1977 bis 1990 Führung des eigenen Steinmetzbetriebes. Seit 1975 Landtagsabgeordneter. 1981 Meisterprüfung als Steinmetz und Steinbildhauer. 1984 bis 1994 Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Dortmund-Hornbruch. Seit Juni 1990 Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, seit 1963 in der SPD.

Dr. Fritz Behrens (46), Justizminister, geboren in Göttingen, verheiratet, zwei Kinder. Nach dem Abitur ab Oktober 1969 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen. April 1974 Erstes juristisches

Staatsexamen in Celle, anschließend Fertigung der Dissertation mit dem Titel „Rechtsgrundlagen der Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften“ bei Professor Dr. Ziegler am Institut für Völkerrecht. Juni 1976 Promotion an der Georg-August-Universität in Göttingen. Ab 1975 Referendarausbildung in Hannover und Celle. 1977 Zweites juristisches Staatsexamen. Dezember 1977 Referent in der Staatskanzlei des Landes NRW. 1978 Auszeichnung der Dissertation mit dem „Oce-van-der-Grinten-Preis für Umweltschutz“. 1979 Persönlicher Referent des Chefs der Staatskanzlei. 1980 Wechsel in das Innenministerium als Persönlicher Referent des Innenministers. 1983 Leiter des Büros des Ministerpräsidenten. Seit Dezember 1986 Regierungspräsident in Düsseldorf.

Wolfgang Clement (55), Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, geboren in Bochum, verheiratet, fünf Kinder. 1960 Abitur, bis 1965 Studium der Rechtswissenschaften in Münster. 1965 Erstes juristisches Staatsexamen. Von 1965 bis 1967 Rechtsreferendar am Oberlandesgericht Hamm. Von 1967 bis 1968 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Prozeßrecht bei Professor Dr. Schlosser in Marburg. Von 1968 bis 1981 Redaktionsmitglied der Westfälischen Rundschau in Dortmund, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur. Von 1981 bis 1986 Sprecher des Parteivorstandes der SPD in Bonn. Von 1985 bis 1986 stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD. 1987 bis 1988 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost. Seit 1989 Chef der Staatskanzlei des Landes NRW, seit Juni 1990 dazu Minister für besondere Aufgaben. Seit Oktober 1993 Landtagsabgeordneter. Derzeit Vorsitzender der Europakammer des Bundesrates. Vorsitzender des Kuratoriums Pro Ruhrgebiet e. V., Mitglied im SPD-Landesvorstand.

Franz Müntefering (55), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, geboren in Neheim, verheiratet, zwei Kinder, 1954 bis 1957 kaufmännische Lehre. Ab 1957 Tätigkeit als Industriekaufmann in einem mittelständischen metallverarbeitenden Betrieb. 1965 Eintritt in die SPD. Von 1969 bis 1979 Mitglied im Rat der Gemeinde/Stadt Sundern sowie Mitglied in der Amtsvertretung. Von 1975 bis 1992 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1984 bis 1988 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hochsauerland. Von 1984 bis 1992 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, seit 1992 dort Vorsitzender. Von 1985 bis 1990 wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und von 1991 bis 1992 deren Parlamentarischer Geschäftsführer. Seit 1991 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und seit Dezember 1992 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW.

Gabriele Behler (54), Ministerin für Schule und Weiterbildung, geboren in Werne an der Lippe, verheiratet. Nach dem Abitur 1969 Studium der Germanistik und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien in Münster. 1975 bis 1977 Referendariat am Städtischen Gymnasium Gütersloh. Von 1977 bis 1981 Studienrätin am Kreisgymnasium Halle. Von 1981 bis 1986 Pädagogische Mitarbeiterin im Kultusministerium NRW, 1986 bis 1990 Leiterin des Gymnasiums Bielefeld-Heepen. Seit 1990 Abteilungsleiterin im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann. Seit 1988 Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe, seit 1989 Mitglied im SPD-Landesvorstand. Seit 1990 stellvertretende Bezirksvorsitzende Ostwestfalen-Lippe und seit 1991 stellvertretende Landesvorsitzende.

Anke Brunn (52), Ministerin für Wissenschaft und Forschung, geboren in Behlen-



Wieder berufen, neu berufen: v. l. Anke Brunn (SPD), Dr. Michael Vesper, Bärbel Höhn (beide GRÜNE), Ilse Brusis, Ilse Ridder-Melchers, Professor Dr. Manfred Dammeyer (alle SPD) sowie Rüdiger Frohn (Chef der Staatskanzlei).
Fotos: Landespresseamt

dorf/Kreis Lauenburg, verheiratet, ein Kind. Nach dem Abitur 1961 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg, Paris und Köln, Diplomvolkswirtin. Von 1966 bis 1975 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Rechenzentrum der Universität Köln. Seit 1967 Mitglied der SPD. 1973 bis 1981 Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes Köln. Seit Juni 1987 Vorsitzende des Bezirks Mittelrhein der SPD. Von 1970 bis 1981 Landtagsabgeordnete und erneut ab Mai 1985. Von 1979 bis 1981 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf. 1981 Senatorin für Jugend, Familie und Sport in Berlin und bis 1983 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und dort stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion. 1983 bis 1985 Landesgeschäftsführerin NRW des Internationalen Bundes für Sozialarbeit-Jugendsozialwerk e. V. Seit Juni 1985 Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW. 1986 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, seit 1987 Vorsitzende des SPD-Bezirk Mittelrhein.

Dr. Michael Vesper (43), Minister für Bauen und Wohnen, geboren in Köln, nicht verheiratet, ein Kind. Nach dem Abitur Studium der Mathematik und Soziologie, Diplom-Soziologe. 1982 Promotion zum Dr. rer. soc. Von 1977 bis 1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld. 1979 Gründungsmitglied der Partei „DIE GRÜNEN“, von 1979 bis 1981 Sachkundiger Bürger im Bausausschuß der Stadt Bielefeld. 1982 bis 1983 Vorstandssprecher des Landesverbandes der GRÜNEN Nordrhein-Westfalen. 1983 bis 1990 Fraktionsgeschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN. Seit 1990 Landtagsabgeordneter. 1990 bis 1995 Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Mitglied im Ältestenrat und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung.

Bärbel Höhn (43), Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, geboren in Flensburg, verheiratet, zwei Kinder. Nach dem Abitur Studium der Mathematik und Volkswirtschaft, Diplom-Mathematikerin. Seit 1978 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Duisburg, zur Zeit beurlaubt. Seit 1981 aktiv in der Bürgerinitiative „Stadtelternrat Oberhausener Kindergärten“, später im *Frauenforum* und in der „Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung“. Mitglied von „Das bessere Müllkonzept“ und im „Frauenfriedensarchiv“. Seit 1985 Mitglied

der Partei DIE GRÜNEN. Von 1985 bis 1989 Stadtverordnete in Oberhausen. 1989 Spitzenkandidatin zur Landtagswahl. Seit 1990 Mitglied des Landtags. Von 1990 bis 1995 Fraktionssprecherin im Landtag. Seit 1991 Mitglied im Länderrat der GRÜNEN. Von 1991 bis 1995 Mitglied im „Beirat der öffentlichen Verwaltung der WestLB“.

Ilse Brusis (58), Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, geboren in Wattencheid, ledig. Nach dem Abitur 1957 Studium der Pädagogik. 1960 und 1963 1. und 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Volksschulen. 1960 bis 1967 Lehrerin, 1967 bis 1971 Konrektorin als stellvertretende Schulleiterin und bis 1972 als stellvertretende Leiterin eines Bezirksseminars. Von 1975 bis 1977 Schulrätin. 1977 bis 1981 hauptamtliche Vorsitzende des Landesverbandes NRW der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. 1982 bis 1990 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB. Seit 1969 Mitglied der SPD, seit 1984 des SPD-Parteivorstandes. Seit Juni 1990 Ministerin für Bauen und Wohnen, seit 1995 Landtagsabgeordnete.

Ilse Ridder-Melchers (50), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, geboren in Hindenburg/Oberschlesien, verheiratet, zwei Kinder. Nach dem Besuch von Realschule und Gymnasium 1965 Abitur. Seit 1966 Mitglied der SPD. Von 1969 bis 1977 Mitglied des Stadtrates Coesfeld. 1970 bis 1975 Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes Münster. 1972 bis 1977 Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Coesfeld. Seit 1976 Mitglied des neuen SPD-Unterbezirks Coesfeld und des Bezirksausschusses Westliches Westfalen, stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks. Seit 1977 Landtagsabgeordnete mit kurzer Unterbrechung. 1982 AsF-Landesvorsitzende. Seit 1985 Mitglied des SPD-Landesvorstandes. 1986 bis 1990 Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann. Seit Juni 1990 Ministerin.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (56), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, geboren in Haus Berge/Porta Westfalica, verheiratet, drei Kinder. Nach dem Abitur 1958 Studium der Sozial- und Erziehungswissenschaften. 1963 Diplom-Sozialwirt. Bis 1975 Direktor der Volkshochschule Oberhausen. 1979 Promotion zum Thema „Das alternative Bildungskonzept“ über die gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit. Lehrbeauftragter für Politische Wissen-

schaften an der Universität/Gesamthochschule Duisburg und an der Universität Düsseldorf. Honorarprofessor für Politikwissenschaften. Seit 1975 Mitglied des Landtags, seit 1957 der SPD: Seit 1973 Mitglied des SPD-Parteibeirates. Mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Bildungspolitik beim SPD-Parteivorstand und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD. Seit 1988 stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag und Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union. Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Oberhausen.

Rüdiger Frohn (40), Chef der Staatskanzlei, geboren in Gevelsberg, verheiratet, ein Kind. 1971 bis 1976 Studium der Rechtswissenschaften in Bochum. 1979 Eintritt als Richter in die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes NRW. 1980 Abordnung ins Justizministerium. 1982 Ernennung zum Richter am Verwaltungsgericht. 1985 Versetzung in die Staatskanzlei als Persönlicher Referent. 1987 Gruppenleiter „Ressortkoordination“, 1990 Gruppenleiter „Wirtschafts- und Strukturpolitik“, 1991 Abteilungsleiter „Regierungsplanung und Ressortkoordination“.

Bodendenkmalspflege

Der Landtag hat den Staatsvertrag eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes in revidierter Fassung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen. Zuvor hatte in der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause der geschäftsführende Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Franz-Josef Kniola (SPD), im Interesse der Bodendenkmalspflege um Überweisung gebeten.

Beitritt der Länder

Die Landesregierung hatte noch vor der Sommerpause im Landtag den Antrag auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gestellt. Der geschäftsführende Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bat um Überweisung an den Hauptausschuß. Das Parlament stimmte zu. Überwiesen wurde das Abkommen über den Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Abkommen über die Errichtung einer Schule für Verfassungsschutz vom 22. Juni 1979.

Hilfe aus Fraktionen und Verwaltung für die Arbeit der Abgeordneten

Der Landtag als Dienstleistungsbetrieb

Nach der Landtagswahl am 14. Mai und der Koalitionsbildung von SPD und Grünen hat sich auch bei den Arbeitsstäben der Fraktionen und in der Landtagsverwaltung manches geändert. Statt bisher vier gibt es nur noch drei Fraktionen. Die F.D.P. mußte ihre Büros räumen. Die Grünen bezogen 14 neue Büros und nutzen jetzt insgesamt 40 Büroräume und zwei Sitzungssäle. Insgesamt 95 Abgeordnete und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zogen aus, und (bis Redaktionsschluß) 77 neue Abgeordnete ein. Im 12. NRW-Landtag gibt es 23 Ausschüsse, vorher waren es 21. Neu ist eine Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“. Über die „Innenausstattung“ des Parlaments informiert „Landtag intern“, wie schon vor fünf Jahren, nachstehend in Stichworten aus dem parlamentarischen Alltag als Beitrag zur leichteren Durchschaubarkeit für interessierte Wählerinnen und Wähler und, die „Tips für Abgeordnete“ ergänzend, zur ersten Orientierung im Dienstleistungsbetrieb Landtag für neue Abgeordnete. (Die angegebenen Telefonanschlüsse sind Nebenstellen nach Anwählen der Amtsleitung des Landtags 0211/884...)

Ältestenrat: Interfraktionelles politisches Führungsorgan, dem der Präsident, der Vizepräsident und die Vizepräsidentin, die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen und weitere führende Mitglieder der drei Fraktionen (SPD: 5, CDU: 4, Grüne: 1) angehören. Tagt in der Regel mittwochs vor einer Plenarwoche. Hauptaufgabe ist die Einigung über geordnete parlamentarische Abläufe (Tagesordnung, Rednerfolge, Redezeiten im Plenum, Ausschußüberweisungen, Abstimmung mit der Regierung). Der Ältestenrat behandelt auch Verstöße gegen die parlamentarische Ordnung und genehmigt Reisen von Ausschüssen und Kommissionen.

Amtliches Handbuch: Lose-Blatt-Sammlung mit Lebensläufen und Angaben zu Nebentätigkeiten der Abgeordneten, zur Organisation der Fraktionen, zur Besetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien. Über die rechtlichen Grundlagen des Mandats informieren das Grundgesetz, Auszüge aus der Landesverfassung, die Geschäftsordnung des NRW-Landtags und das Abgeordnetengesetz. Als Kurzfassung wird das „Volkshandbuch“ Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt (die Neuauflage für die 12. Wahlperiode erscheint im Oktober 1995).

Archiv: Hier werden u. a. parlamentarische Reden und Dokumente gesammelt und gespeichert. Informationen können nach Namen oder Stichworten abgefragt werden (Tel. 24 32).

Ausschüsse: Zur Vorbereitung der Plenarberatung werden Gesetzentwürfe, Anträge, Vorlagen und Regierungsberichte in Fachausschüsse (federführend oder mitberatend) überwiesen. Neu in der 12. Wahlperiode sind der Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit (vorher Unterausschuß des Hauptausschusses) und der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten. Die Fraktionen bestimmen fachpolitische Sprecherinnen und Sprecher in den Ausschüssen, die zu komplexen Themen Stellung im Namen der Fraktion beziehen.

Ausschußassistent/in: Verwaltungsbeamte des gehobenen oder höheren Dienstes, der/die die Arbeits- und Terminplanung für mehrere Fachausschüsse koordiniert, Sitzungen und Anhörungen vorbereitet, Unterlagen beschafft und Beschlüsse organisatorisch umsetzt. Verfaßt auch Berichte für die Landtagsinformationen, unterrichtet über Sach- und Beratungsstand von

Initiativen (Namen und Telefonanschlüsse in der nächsten Ausgabe).

Ausschußprotokoll: Von jeder Ausschußsitzung wird ein Protokoll angefertigt, das stichwortartig den Beratungsverlauf und die Abstimmungsergebnisse wiedergibt.

Ausschußspiegel: wird vierteljährlich als Übersicht über alle den Fachausschüssen überwiesenen Beratungsgegenstände erstellt.

Besucherdienst: Betreut die von Abgeordneten oder anderweitig angemeldeten Besucher des Landtags (1994: 85 000). In einstündigem Programm werden die Besucherinnen und Besucher über Arbeitsweise und Funktionen des Landtags informiert und auf der Tribüne in das Verhandlungsgeschehen im Plenum eingeführt. Pro Halbjahr stehen jedem Landtagsmitglied zwei Termine für Gruppen zur Verfügung (Anmeldung Tel. 23 02 und 29 55). Auch Einzelpersonen und freie Gruppen erhalten auf Anfrage einen Besuchstermin.

Bibliothek: Umfaßt rund 50 000 Bände Literatur zu allen Gebieten der Landespolitik und wichtigen weiteren Themen der Politik, zu Politikwissenschaft und Parlamentarismus sowie der neueren Geschichte, besonders des Landes NRW. Rund 300 Zeitschriften und etwa 50 Amts- und Mitteilungsblätter werden ausgewertet und in einer Datenbank gespeichert. Lesesaal und Ausleihe sind, auch für externe Benützer, während der Bürozeit geöffnet (Auskunft Lesesaal Tel. 21 12).

Büro: Jede/r Abgeordnete erhält ein eigenes Büro im Landtagsgebäude (Ebenen 4, 5 und 6), das mit Mobiliar, Telefon und PC ausgestattet ist. Zur „Amtsausstattung“ gehört auch, so steht es im Abgeordnetengesetz, „die Inanspruchnahme sonstiger Leistungen des Landtags in der Ausübung des Mandats“. Büromaterial und Porto finanzieren die Abgeordneten selbst aus der Kostenpauschale.

Datenbank: Landtagsdokumente, Parlamentsspiegel, Literatur- und Pressedokumente sowie Abgeordnetenbiographien werden in Datenbanken der Landtagsverwaltung geführt und können von Abgeordneten und Mitarbeitern im Landtags- und im Wahlkreisbüro abgerufen werden. Der Zugriff auf die gesamte Datenbank des Landes per Computer ist im Aufbau begriffen. Zusätzlich sind etwa 2 000 fremde Datenbanken von 18 Anbietern verfügbar (Tel. 21 12).

Direktor beim Landtag: Ständiger Vertreter des Präsidenten in der Landtagsverwaltung, leitet diese und trägt hierfür gegenüber dem Präsidenten die Verantwortung; Direktor beim Landtag ist Heinrich A. Große-Sender (Tel. 24 00).

Dokumentation: In der Zentralkodifikation „Parlamentsspiegel“ der NRW-Landtagsverwaltung werden aufgrund eines Bund-Länder-Beschlusses seit 1980 die Parlaments- und Gesetzgebungsmaterialien aller Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments zentral für die ganze Bundesrepublik erfaßt. Auskünfte werden nicht nur Abgeordneten erteilt (Tel. 24 30).

Entschädigung: Landtagsabgeordnete erhalten in NRW eine monatliche zu versteuernde Entschädigung in Höhe von 8 143 Mark und Kostenpauschalen für Wahlkreisbetreuung in Höhe von 2 191, für Mehraufwendungen am Sitz des Landtags in Höhe von 518 Mark und für Fahrtkosten zwischen 734 und 1 440 Mark. Bei Abwesenheit werden pro Sitzung zwischen 30 und 90 Mark von der Entschädigung abgezogen. (Tel. 24 07).

Fraktionen: Zusammenschlüsse der Landtagsmitglieder jeweils einer Partei mit eigenen Arbeits- oder Geschäftsordnungen. Sie erhalten für Personal und Sachmittel Zuschüsse aus dem Landeshaushalt. Oppositionsfraktionen erhalten auf den Grundbetrag einen Zuschlag von 25 Prozent. Im 12. NRW-Landtag gibt es drei Fraktionen: SPD, Tel. 22 24, CDU, Tel. 22 16; Bündnis 90/Die Grünen, Tel. 28 60. Ihre Geschäftsstellen/Postfächer befinden sich auf der Ebene 3, Raum D 40 (SPD), A 33 (CDU), C 85/87 (Grüne).

Fraktionsreferent/in: meist wissenschaftlich vorgebildete Fachkraft für bestimmte Gebiete der Gesetzgebung, dem/der Fraktionsvorsitzenden unterstellt und einem Arbeitskreis zugeordnet. Für die 21 SPD-Arbeitskreise und die Pressestelle arbeiteten in der elften Wahlperiode zehn Referenten. (Über die Neuorganisation war bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden.) Die CDU beschäftigt in der zwölften Wahlperiode elf wissenschaftliche Referenten (ohne Pressereferent). Die Arbeit der Grünen wird von acht wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt. Die Fraktionsreferenten beobachten und bearbeiten den Gang der Gesetzgebung und der Meinungsbildung in den Fachressorts im Hinblick auf (partei)politische Zielsetzungen.

Hausierungs- und Pfortendienst: Die Hauptpforte des Landtags (Tel. 23 07) ist ständig, die Garagenpforte in den Sitzungswochen montags bis freitags von 6 bis 22 Uhr, in den Parlamentsferien bis 19 Uhr besetzt. Seit der vorigen Wahlperiode ist auch eine Frau im Pfortendienst beschäftigt.

Haustechnik: verantwortet Bedienung, Instandhaltung und Neuinstallation aller technischen Anlagen in den Liegenschaften des Landtags mit einem Anlageninvestitionsvolumen von 80 Millionen Mark. Die

Hausingenieure und -techniker sorgen für Strom, Wasser, Raumklima, Fernmeldeanlagen und die Übertragung von Bild und Ton im Landtagsgebäude. Um bei der Vielfalt der Gewerke schnell die richtigen Ansprechpartner zu finden, wurde eine zentrale Service- und Störungsstelle (Tel. 26 16) eingerichtet.

Informationstechnik: EDV-gespeicherte Dokumente und Daten aus der Landtagsarbeit können über Personalcomputer abgerufen werden. Abgeordnete und Bedienstete werden im Benutzer-Service-Zentrum (Tel. 21 66) in der Gerätebedienung und aktuellen Programmversion unterwiesen.

„Landtag intern“: Parlamentszeitschrift des NRW-Landtags, erscheint 22mal im Jahr in einer Auflage von 29 000 Exemplaren und wird auf Wunsch kostenlos an Interessenten versandt. Außer Berichten über Plenar- und Ausschußberatungen enthält „Landtag intern“ Beiträge der Fraktionen und Porträts von Abgeordneten. Der Redaktionsbeirat, dem der Pressesprecher des Landtags, die Fraktionsgeschäftsführer und die Pressereferenten der Fraktionen angehören, begleitet die Arbeit der Redaktion. „Landtag intern“ feiert im Oktober sein 25. Erscheinungsjahr (Tel. 23 03).

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter: Jedes Landtagsmitglied kann persönliche Hilfskräfte einstellen, für die ihm Personalkosten bis zu 4 579 Mark monatlich inklusive Arbeitgeberanteile an den Sozialkosten zusätzlich Tarifierhöhung 1995 erstattet werden (Rückfragen Tel. 25 56).

Öffentlichkeitsarbeit: Außer über die Medien und beim persönlichen Besuch informiert der Landtag mit Broschüren und Filmen über seine Arbeit und über aktuelle Themen der parlamentarischen Beratung (Anfragen Tel. 28 50, Bildschirmtext: *5 68 01 #, Fax: 30 22).

Präsidium: Repräsentiert den Landtag nach außen, leitet die Plenarsitzungen, übt Funktionen des Haus- und Dienstherrn aus, stellt den Haushaltsplan des Landtags auf. Verhandelt über Verstöße gegen die Verhaltensregeln durch Abgeordnete, die dem Präsidium Einkünfte aus Berufs- und Nebentätigkeiten anzeigen müssen, um mögliche Interessenverknüpfungen offenzulegen.

Presseschau: Abdruck von Presseberichten über Themen des Landtags aus 26 Zeitungen in zwei Ausgaben täglich in Sitzungswochen, die bis 11 Uhr und bis 14 Uhr

erscheinen. Außerdem werden elf Wochenzeitungen ausgewertet (Tel. 22 14).

Pressestelle: Der Pressesprecher des Landtags ist für die Betreuung von Presse, Hörfunk und Fernsehen sowie für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags zuständig. Für Pressekonferenzen und Postfächer für die in der Landespressekonferenz (auf freiwilliger Basis) zusammengeschlossenen Journalistinnen und Journalisten steht das Pressezentrum in der Eingangsebene zur Verfügung. Im Presseclub nahe der Tribüne halten sich die Medienvertreter vor allem während der Plenarsitzungen auf (Tel. 25 27).

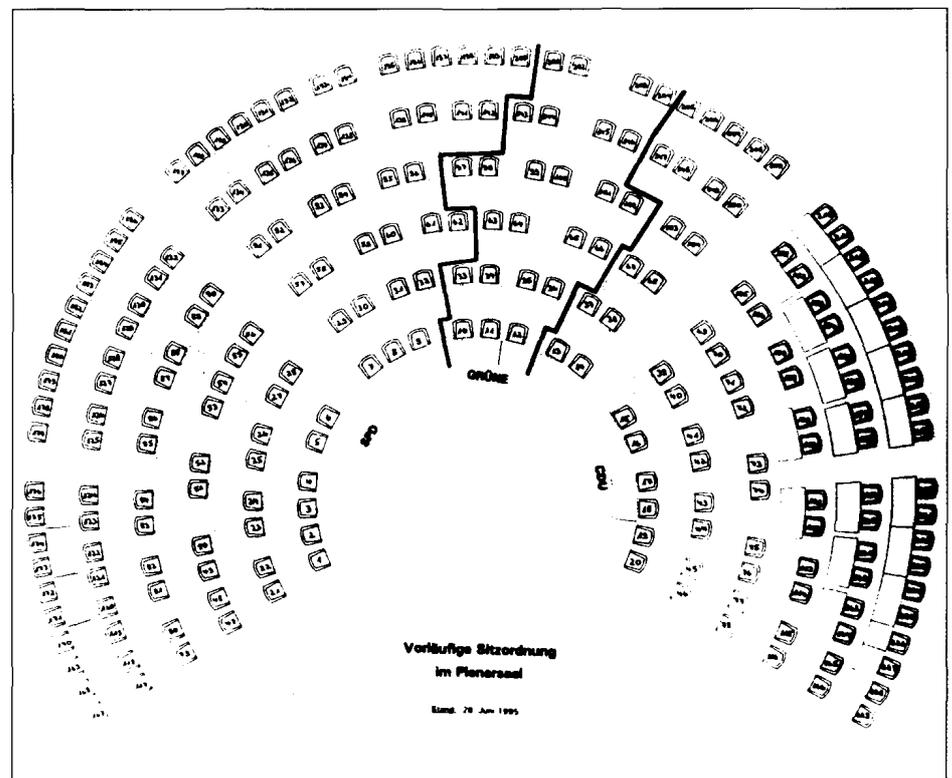
Restaurant: Cateringbetrieb an der Rheinseite der Ebene O für Abgeordnete, Besucher und Bedienstete; warme Küche zu den üblichen Essenszeiten, an Plenartagen bis 18 Uhr (Tel. 20 88). Ein Erfrischungsraum ist an Plenartagen auf der Ebene 3 in Betrieb (Tel. 23 22).

Stenographischer Dienst: Um die Wortprotokolle von Plenarsitzungen und die Verlaufsprotokolle der Ausschuß- und Gre-

miensitzungen kurzfristig zu erstellen, beschäftigt der NRW-Landtag zehn Parlamentsstenographen mit akademischer Ausbildung sowie fünf Vollzeit-Schreibkräfte. In Stoßzeiten werden weitere Stenographen und Schreibkräfte hinzugezogen.

Verwaltung: Die Landtagsverwaltung besteht zur Zeit aus 336 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ist in drei Abteilungen gegliedert. Abteilung I („Parlament“), Leitung: Ministerialrat Ernst Becker (Tel. 24 15); Abteilung II („Verwaltung“), Leitung: Ministerialrat Wolfgang Welz (Tel. 23 33); Abteilung III (Presse- und Informationsdienst), Leitung: Pressesprecher Friedhelm Geraedts (Tel. 23 00).

Wirtschaftshaushalt: Der Gesamtumfang des Einzelplans 01 (Landtag) beträgt 1995 rund 150 Millionen Mark. Darin sind alle Ausgaben für die Abgeordneten, die Fraktionen, das Landtagsgebäude und die Landtagsverwaltung enthalten. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet, kostet die wahlberechtigten NRW-Bürger ihr Parlament pro Kopf etwa zehn Mark im Jahr. mmg



Die vorläufige Sitzordnung im Landtag: Im Block links die SPD, zwischen den Markierungen in der Mitte die Grünen und im Block rechts die CDU.

Susanne Blumensaat, Heike Melitz und Jan Minneker wurden für hervorragende Forschungsarbeiten an den Fachhochschulen Bochum, Bielefeld und Münster ausgezeichnet. Beim diesjährigen Außenwirtschaftstag überreichte Staatssekretär Hartmut Krebs ihnen in Köln den diesjährigen Außenwirtschaftspreis des Landes NRW. Wie weiter aus dem dem Landtag jetzt zugestellten Arbeitsbericht (Information 12/6) hervorgeht, waren Finnland und Norwegen, die Iberische Halbinsel und Lateinamerika Gegenstand besonderer Länderforen beim Außenwirtschaftstag 1995.

Außenwirtschaftspreise für junge Forscher

Susanne Blumensaat untersuchte in ihrer Forschungsstudie die Einfuhrbestimmungen in die USA und fand heraus, was Krebs wie folgt formulierte: „Der American way of life ist ein wunderbar offener.“ US-Regularien seien noch besser als die deutsche Bürokratie „exzellent bis zur Pedanterie“, und könnten damit viele Zugänge erschweren. Heike Melitz untersuchte vor Ort den Absatz

eines Landmaschinenhändlers in England. Die Fallstudie zeige, wie dieser Händler seine Lieferposition und Kundenbeziehungen verbessern könne. Sie diene auch der Überwindung von Sprachgrenzen, was in der Europäischen Union selbstverständlich werden solle.

Jan Minneker erarbeitete Erkenntnisse zur „Beschäftigung deutscher Mitarbeiter oder lokale Kontraktierung von Personal für Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in Venezuela“. Sein Ergebnis zeige, daß diese möglichst vor Ort rekrutiert werden müssen.

Rechnung über Erschließungskosten überraschte

„Noch eine Mahnung und mein Mann muß ins Krankenhaus“

Für Hausbesitzer und Grundeigentümer halten die Kommunen eine ganze Reihe von – manchmal unliebsamen – Überraschungen bereit. Waren vor Jahren die Kosten für die Straßenreinigung in einzelnen Fällen höchst umstritten („Hinterlieger“), so sind es derzeit immer wieder Abrechnungen über Erschließungskosten von Straßenbaumaßnahmen, die Hausbesitzer nach ihrem Empfinden wie der Blitz aus heiterem Himmel treffen.

Über einen solchen Fall aus dem schönen linksrheinischen Städtchen Kempen hatte vor kurzem der Petitionsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen zu beraten und mit einem Beschluß zu bescheiden. Da die Rechtslage auch durch höchstgerichtliche Rechtsprechung inzwischen eindeutig ausgelotet ist, konnten die Abgeordneten der Petentin keine Hoffnungen machen. „Gemäß Paragraph 127 Absatz 1 Baugesetzbuch hat die Gemeinde die Pflicht, Erschließungsbeiträge zu erheben. Im Interesse der Beitragsgerechtigkeit von Grundstückeigentümern aller Gemeinden darf die Gemeinde auf Erschließungsbeiträge nicht verzichten“, war da im Bescheid zu lesen. „Anhaltspunkte für eine Rechtswidrigkeit der Erschließungsbeitragsbescheide sind nicht erkennbar. Insbesondere war die Forderung noch nicht verjährt“, stand da weiter.

Diese Punkte hatten die Petentin und die weiteren Unterzeichner eines Bürgerantrags nach Paragraph 5 der Hauptsatzung der Stadt Kempen nicht bestritten. Sie fühlten sich und ihr Anliegen von den Verantwortlichen bei der Stadt nicht angemessen behandelt, ja es sei vom Bauamt sogar „massiver Druck“ ausgeübt worden. Das habe bei einigen Anwohnern der betroffenen Straße „bewußt oder unbewußt“ den Eindruck erweckt, „daß das Bauamt versuchen will, auf einer kleinen Straße, auf der nur Rentner wohnen, schnell noch einige Tausende Mark abzukassieren, in der Hoffnung, daß DIE sich schon nicht wehren würden“. Die Gebührenbescheide beliefen sich auf 3 000 bis 7 000 Mark, als Zahlungsziel seien vier Wochen angegeben. Da sei es

keine Hilfe gewesen, daß den Initiatoren von amtlicher Stelle gesagt worden sei, „die Anwohner hätten vor 20 Jahren einen Betrag aufs Sparbuch legen sollen“.

Kurz: „Wir als Kempener Bürger fühlen uns durch die Verwaltung der Stadt ausgebeutet und teilweise bedroht. Deshalb möchten wir Sie im Rat der Stadt bitten, das Bauamt anzuweisen, die aufgestellten Gebührenbescheide um mindestens 50 Prozent zu senken, beziehungsweise aus Gründen der Kulanz voll auf die Forderung zu verzichten.“ Denn sie stelle für 90 Prozent der Betroffenen eine finanzielle Härte dar.

Wie in solchen Fällen üblich, schalteten die Abgeordneten des Petitionsausschusses, als sie die Sache auf den Tisch bekamen, das zuständige Bauministerium ein, um den Sachverhalt zu ermitteln und die Rechtslage zu prüfen. Die Beamten fanden an der Forderung der Stadt Kempen nichts auszusetzen; es sei nicht zu beanstanden, daß die 1975 technisch fertiggestellte Erschließungsstraße erst im Jahre 1994 abgerechnet worden sei. Sie erkannte sogar ein Stückchen der von der Petentin geforderten Kulanz: Schließlich habe die Stadt bei der Berechnung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes keinerlei Darlehenszinsen geltend gemacht.

Mit ganz leeren Händen mochten die Ministeriumsleute dem Petitionsausschuß des Parlaments aber nicht kommen. Was die finanzielle Härte für die behaupteten 90 Prozent der Betroffenen angehe, so sei dies von der Verwaltung auf entsprechenden Antrag in jedem Einzelfall zu prüfen. Gegebenenfalls seien dann mit den Anliegern Stundungs- oder Ratenzahlungsvereinbarungen zu treffen.

Diesen Hinweis griff der Ausschuß in seinem Schreiben an die Petentin Ende August dieses Jahres auf. Er gab der Stadt Kempen auf, diese Einzelfallprüfung vorzunehmen und „in eigener Verantwortung“ darüber zu entscheiden. Es besteht also Gelegenheit, das vielzitierte Schlagwort von Bürgernähe der Verwaltung mit Leben zu füllen. Wie hatte es im Bürgerantrag von Mitte März 1995 zu den möglichen „Panikreaktionen“ wohl schon älterer Anlieger geheißen: „Wenn ich jetzt nicht bezahle, kann ich meinen Mann bei der nächsten Mahnung ins Krankenhaus fahren.“

von den Autoren des Regierungsberichts gezählt. Dabei sei allerdings zu berücksichtigen, daß es sich oft um Ein- oder Zweimann-Kleinstbetriebe handele. Das wiederum mache den kulturellen Arbeitsmarkt flexibel und steigere dessen Mobilität. Im Bereich der Soziokultur wurde die Zahl der neuen Arbeitsplätze auf 2 500 geschätzt und zwei Fünftel davon als Dauerarbeitsplätze angesehen. Rund ein Drittel der kulturellen Arbeitsplätze seien im öffentlichen Raum angesiedelt, neun Prozent bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der größere Teil bei privaten Kulturbetrieben (im engeren Sinne).

Frage man nach den Beschäftigungswirkungen für Künstler, Publizisten und andere qualifizierte Kulturberufe, so ergäben sich

allerdings mehr Möglichkeiten im öffentlichen Bereich, etwa in Museen, Bibliotheken, Orchestern und Theatern. Hinsichtlich der Fördermittel könnten aus wirtschafts-, struktur- und arbeitsmarktpolitischen Programmen Maßnahmen für Betrieb der Kulturwirtschaft bereitgestellt werden. Für Förderaufgaben könnten, das empfehlen die Autoren, private Stellen, Verbände und Stiftungen, nicht zuletzt die Kulturwirtschaft selbst, noch stärker herangezogen werden. Nach einem französischen Beispiel solle ein „Kreditfonds Kulturwirtschaft“, möglichst bundesweit, eingerichtet werden.

Ein noch zu erarbeitendes Handbuch solle über alle Fördermöglichkeiten informieren. In besonderen Beratungen solle zur Investition ermutigt werden. Das Steuerrecht solle „kulturfreundlicher“ gestaltet werden. Für die Kulturregionen könnten besondere Berichte wie dieser Gesamtbericht hilfreich sein.

Ökologische Mode für neues Image

Der Modewirtschaft als einem Bereich der Kulturwirtschaft ist ein Gutachten des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund gewidmet. Es befaßt sich unter anderem mit „synergetischen Potentialen“ in den historisch bedingten Städten und Regionen mit Schwerpunkten von Mode und Textil. Das bedeutet, daß vorhandene Chancen der NRW-Bekleidungsindustrie weiterentwickelt und für den internationalen Wettbewerb gestärkt werden könnten, wenn die verschiedenen Marktfaktoren zusammengeführt würden.

Im Kapitel „Auslandsfertigung, passive Veredelung, Zukauf“ wird der Wattenscheider Fabrikant Klaus Steilmann zitiert: Vor 25 Jahren habe auch sein Unternehmen in Hongkong fertigen lassen. Als Hongkong zu teuer wurde, seien die Hersteller nach Korea, dann auch auf die Philippinen und nach Indonesien gegangen. Jetzt eile die Karawane mit großem Tempo in die Nachfolgestaaten der UdSSR, wie Kasachstan, die Ukraine oder Rußland. Ein Rock, der aus deutscher Produktion im Handel rund 120 Mark koste, sei derzeit in der Ukraine um 40 Mark billiger herzustellen.

Um diese Verlagerungen umzukehren, müßten Transportkosten so erhöht werden, daß Lohnkostenvorteile im Ausland aufgehoben würden; Beschäftigung und Entlohnung in Tarifverträgen könnten flexibler gestaltet werden, so daß die Produktion nach Deutschland zurückkehren könne. Verbraucher müßten ferner bereit sein, für Inlandsware höhere Preise zu zahlen.

Ökologische Aspekte werden im Kapitel „Modewirtschaft als Gegenstand der Politik in der EU“ beschrieben: umweltgerechte Produktion, schadstoffminimierte Produkte. Bei zunehmendem „Lifestyle Ökologie“ fänden Baumwolle, Leinen, Seide sowie Farben und Styling mehr Beachtung. Schließlich sei laut Britta Stellmann die Textilbranche der zweitgrößte Umweltverschmutzer der Welt. Zu entwickeln seien: Produktionsökologie, Humanökologie und Entsorgungsökologie.

(Fortsetzung von Seite 7)

sind daran mit je einer der Buchmark ist mit einer halben Milliarde Mark beteiligt. Für die Medien- und Kulturwirtschaft im weiteren Sinne, also mit ergänzenden Branchen wie Werbung, Bildung, soziokulturelle Einrichtungen, nennt der Bericht Gesamtsätze von 46 Milliarden Mark, das seien 3,7 Prozent der gesamten NRW-Wirtschaft und entspreche Umsätzen der Chemischen- und der Ernährungsindustrie (1988). Die Wachstumsraten wurden mit bis zu 76 Prozent von 1980 bis 1988 als deutlich höher ermittelt als etwa beim Einzelhandel oder im Maschinenbau.

Mehr als 41 000 Arbeitsstätten in der Kultur- und Medienwirtschaft (im weitesten Sinne) mit mehr als 230 000 Beschäftigten wurden

Sondermülldeponie

Die Landesregierung habe umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, um festzustellen, ob bei der Sondermülldeponie Ochtrup eine Exposition bzw. ein Austrag gefährlicher Stoffe erfolgt sei. Dies sei nicht der Fall. Insoweit sehe die Landesregierung auch keine Veranlassung, dem Betreiber der Sondermülldeponie aufzugeben, wissenschaftliche Untersuchungen zu Gesundheitsschäden der Ochtruper Bevölkerung durchführen zu lassen. Diese Feststellung trifft Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Hannelore Brüning, die betont hatte, die CDU-Landtagsfraktion unterstütze die Forderung der Ärzteschaft in Ochtrup nach Gesundheitsuntersuchungen der Bevölkerung in Ochtrup. Nach ihren Angaben habe die Ärzteschaft in Ochtrup auf die gesundheitlichen Risiken hingewiesen und festgestellt, daß eine deutliche Zunahme der chronischen Erkrankungen der Atemwege sowie der chronischen Hauterkrankungen in den letzten Jahren in den Arztpraxen zu beobachten sei. Deshalb sehe der Ärzteverein Ochtrup das „dringende Erfordernis, umgehend eine wissenschaftliche, nicht nur epidemiologische Untersuchung zu diesem Thema in Ochtrup durchzuführen“ (Drs. 12/85).



Im Beisein von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Bildmitte) haben sich der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Friedel Neuber (r.) und der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Dr. Johannes Fröhling (l.), im Landtag an Ort und Stelle über zwei Kunstwerke von Otto Piene einen Eindruck verschafft, die sie gestiftet haben. Mit von der Partie vor den beiden großformatigen Werken „Ave“ (l.) und „Aurora“ (r.), die ehemalige Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2. v. l.) und der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender (2. v. r.).
Foto: Schälte

Die Stadt hat 21 Familien — fast alle Kosovo-Albaner — in einer stillgelegten Schule am Rande der Stadt untergebracht. Jede Familie hat für sich ein ca. 60 Quadratmeter großes, individuell eingerichtetes Klassenzimmer — mit Sperrholz- und Deckenwänden provisorisch in einen Wohn- und einen Schlafraum aufgeteilt. Gemeinsam benutzt werden Toiletten und Duschen und Gemeinschaftsküchen; diese Räume sowie die Flurböden werden von den Bewohnern regelmäßig gereinigt. Wohnunterkünfte und Gemeinschaftsräume machen einen sehr sauberen Eindruck. Die Kinder können in den ehemaligen Schulfuren, auf dem Schulhof oder auch gefahrlos im gegenüberliegenden Wald spielen. Zweimal die Woche öffnet ein Kindergarten in dem Schulgebäude. Im Durchschnitt leben die Familien 15 bis 18 Monate in dem Übergangsheim.

Die Bürgerinitiative drängte darauf, das Übergangsheim möglichst sofort aufzulösen, weil die Unterbringung unmenschlich sei. Nur 60 Quadratmeter für eine Familie mit drei bis fünf Kindern sei auch vorübergehend eine Zumutung, zumal die Räume nicht mit festen Mauern unterteilt seien. Jede Familie müßte zudem ihre eigene Toilette, ihr eigenes Bad und ihre eigene Küche haben. Ca. 125 Personen in einem einzigen Schulgebäude — das seien unzumutbar viele Menschen auf engem Raum. Die Kinder hätten nicht genug Platz und zudem keinerlei Anleitung zum Spielen. Das Übergangsheim sollte möglichst sofort aufgelöst wer-

Eingabe gegen Interessen der Betroffenen Asylbewerber fühlen sich in Schule wohl

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder auch im Rahmen einer Bürgerinitiative an den Petitionsausschuß des Landtags zu wenden. Dabei kann sich eine Gruppe durchaus für andere einsetzen, die ihre Angelegenheiten selbst nicht so gut wahrnehmen können. Schwierig wird es aber dann, wenn Helfer und Betroffene nicht das gleiche Anliegen haben. Das war bei einer Bürgerinitiative der Fall, die sich gegen die Unterbringung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen wandte.

den. Die Familien müßten in einzelnen Wohnhäusern der Stadt untergebracht werden.

Wenn aber wegen der Zahl der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge schon die Schule nicht ganz geräumt werden könne, so müsse die Schule für diese Menschen in ein Wohngebäude umgebaut werden. Auf jeden Fall müßten Sozialarbeiter eingesetzt werden, die sich in erster Linie um die Kinder kümmern und ihnen Anleitung beim Spielen gäben; sie sollten aber auch die Erwachsenen regelmäßig betreuen.

Während sich die Petentengruppe — ohne Beteiligung auch nur eines der in der Schule anwesenden Betroffenen — mit hohem Engagement für diese ausländischen Familien einsetzte, machte sich eine Journalistin einmal die Mühe, diese selbst nach ihren Wünschen zu befragen. Dabei kam dann ziemlich genau das Gegenteil dessen heraus, was die Bürgerinitiative anstrebte. Und so

stand am nächsten Tag in der Zeitung: „Müssen wir jetzt wirklich weg ... Wir fühlen uns hier wohl ... Wir wollen in der Schule bleiben ... Früher war es nicht so toll, aber heute ist es gut ... Was wollen denn die (Teilnehmer des Termins) hier? ... Sie trinken unseren Tee und wollen uns rauswerfen ...“

Die Flüchtlinge aus dem Kosovo, die ihre Heimat verlassen mußten, hatten übereinstimmend erklärt, sie seien froh, endlich wieder Kontakte mit Menschen gefunden zu haben, mit denen sie die gemeinsame Sprache verbindet. Die Schulräume seien groß genug, da sie ja zwei Räume daraus machen könnten; sie seien vor allem auch absperrbar. Die Kinder hätten auf dem großen Schulhof einen herrlichen Spielplatz. Auch die Umgebung sei sehr schön. Nur die Zahl der Toiletten und Duschen sei ein wenig zu knapp.

Für welche Betroffenen sollte sich der Petitionsausschuß hier einsetzen? E.-W. M.

Haushaltssicherung

Im Haushaltsjahr 1994 mußten insgesamt 79 Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen Haushaltssicherungskonzepte erstellen. Das teilt Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort auf eine

Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Heinz Wirtz und Friedrich Hofmann zur Haushaltskonsolidierung der Kommunen mit. Laut Kniola hatten nach der erstmals für das Jahr 1994 durchgeführten Haushaltsansatzstatistik 109 Gemeinden (GV) Fehlbedarfe in ihren Verwaltungshaushal-

ten eingeplant. Dargestellt wurden die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte nach den Haushaltsansätzen sowie der daraus sich ergebende Fehlbedarf. Die ausgewiesenen Fehlbedarfe summierten sich auf rund 1258,6 Millionen Mark (Drs. 12/102).

Züge mit Neigetechnik

Neun Züge mit Neigetechnik sollen ab 1997 auf der Eifelstrecke Saarbrücken – Trier – Köln zum Einsatz kommen. Das geht aus der Antwort des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Wolfgang Clement (SPD), auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Günter Langen hervor. Bei den Zügen handelt es sich um Fahrzeuge des Typs VT 611. Clement berichtete, es sei vereinbart worden, daß das Saarland ein Fahrzeug und die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz jeweils vier Fahrzeuge förderten. Die Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen betrage 50 Prozent der Beschaffungskosten. Die Frage des CDU-Politikers Langen, auf welchen Strecken in Nordrhein-Westfalen zudem Züge mit Neigetechnik sinnvoll einsetzbar seien, konnte der Minister noch nicht beantworten, „da das Konzept für den Einsatz von modernen Nahverkehrstriebwagen noch mit der DB AG und den zukünftigen Aufgabenträgern abgestimmt werden muß“. Clement erklärte sich indessen bereit, den Betrieb mit Neigetechnikzügen auch auf anderen als der Eifelstrecke in Zukunft zu fördern (Drs. 12/100).



Der türkische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Ömer Altug (l.) hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet. Er wurde von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) empfangen. Foto: Schälte

SPD und CDU nominierten Arbeitskreis- und Fachsprecher

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Sprecherinnen und Sprecher sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für die Arbeitskreise in den Ausschüssen nominiert:

Ausschuß	Arbeitskreis-Sprecher/-in	Arbeitskreis-Stellvertreter/-in
Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge:	Wolfram Kuschke	Horst Vöge
Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit:	Erich Heckelmann	Hans Kern
Ausschuß für Frauenpolitik:	Brigitte Speth	Sigrid Klösiges
Ausschuß für Grubensicherheit:	Hans Vorpeil	Manfred Degen
Hauptausschuß: Haushalts- und Finanzausschuß:	Jürgen Büsow Reinhold Trinius	Norbert Burger Ernst-Martin Walsken
Ausschuß für Haushaltskontrolle:	Walter Grevener	Günter Harms
Ausschuß für Innere Verwaltung:	Stefan Frechen	Jürgen Jentsch
Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie:	Bernd Flessenkemper	Carina Gödecke
Ausschuß für Kommunalpolitik:	Jürgen Thulke	Walter Grevener
Kulturausschuß:	Manfred Böcker	Jarka Pazdziora-Merk
Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz:	Horst Steinkühler	Eberhard Sohns
Ausschuß für Migrationsangelegenheiten:	Vera Dedanwala	Marc Jan Eumann
Petitionsausschuß:	Wilfried Kramps	—
Rechtsausschuß:	Robert Krumbein-Neumann Manfred Degen	Ina Meise-Laukamp
Ausschuß für Schule und Weiterbildung:	Manfred Degen	Annelie Kever-Henseler
Sportausschuß:	Hans Kraft	Heidi Berger
Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen:	Gerd-Peter Wolf	Ellen Werthmann

Ausschuß	Arbeitskreis-Sprecher/-in	Arbeitskreis-Stellvertreter/-in
Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung:	Bernd Kasperek	Bernd Brunemeier
Verkehrsausschuß: Verwaltungstrukturreform:	Heinz Hunger Johannes Pflug	Uwe Herder Renate Drewke
Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:	Bodo Hombach	Helga Gießelmann
Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:	Dietrich Kessel	Donata Reinecke
	☆	☆
Die CDU-Fraktion hat ihre neuen Fachsprecherinnen und Fachsprecher gewählt:		
Haushalt und Finanzen:		Helmut Diegel
Hauptausschuß:		Ruth Hieronymi
Innen:		Heinz Paus
Arbeit, Gesundheit und Soziales:		Hermann-Josef Arentz
Kinder, Jugend und Familie:		Antonius Rösenberg
Schule und Weiterbildung:		Norbert Giltjes
Wirtschaft, Mittelstand, Technologie:		Laurenz Meyer
Verkehr:		Günter Langen
Kommunales:		Albert Leifert
Umweltschutz und Raumordnung:		Werner Stump
Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz:		Eckhard Uhlenberg
Wissenschaft und Forschung:		Manfred Kuhmichel
Städtebau und Wohnungsbau:		Siegfried Zellnig
Recht:		Maria-Theresia Opladen
Frauenpolitik:		Regina van Dinther
Europa:		Ilka Keller
Sport:		Dr. Annemarie Schrapf
Kultur:		Richard Blömer
Haushaltskontrolle:		Michael Thomas Breuer
Migration:		Oliver Wittke
Verwaltungsstrukturreform:		Franz-Josef Britz
Grubensicherheit:		Fritz Kollorz
Bereits vor einigen Wochen waren gewählt worden:		
Petitionen:		Anne-Hanne Siepenkothen
Präsidium:		Otti Hüls

Landtagspräsident Ulrich Schmidt: Schonraum Kindheit schützen!

Junge Wähler an Wahlurnen zurückholen

Die vom niedersächsischen SPD-Landesparteitag beschlossene und von der dortigen Landesregierung vorgesehene Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre stößt in Nordrhein-Westfalen weitgehend auf Skepsis und Ablehnung.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD), zugleich Bürgermeister in Wetter/Ruhr, knüpfte an das Vorhaben seines Parteifreundes Gerhard Schröder, 16jährige an der Kommunalwahl zu beteiligen, entschiedene Vorbehalte.

Schmidt: „Meine Erfahrungen mit jugendlichen Besuchern im Landtag zeigen, daß bei vielen jungen Menschen der Stand ihrer politischen Meinungs- und Willensbildung diesem Vorhaben entgegensteht.“ Auch und gerade auf kommunaler Ebene seien Informiertheit und Bereitschaft zur Mitarbeit in diesem Alter noch nicht sehr ausgeprägt.

Schmidt: „Statt über die Senkung zu debattieren, sollten wir uns lieber darum kümmern, die derzeit schon Wahlberechtigten, deren Teilnahme an Wahlen in den letzten Jahren erheblich abgenommen hat, wieder zurück an die Wahlurne zu bekommen. Das ist wichtiger, als weitere Verantwortung an Jugendliche zu delegieren.“

Der Landtagspräsident weiter: „Ich befürchte auch, daß eine Absenkung der Schwelle zwischen Jugend- und Erwachsenenalter den Schonraum Kindheit weiter verkleinert.“



Die 13jährige Anna Wahle aus Bergisch-Gladbach (r.) und die 16jährige Jeanette Apicella aus Bocholt (l.) sind die Gewinnerinnen des Luftballonwettbewerbs, den der Landtag Nordrhein-Westfalen am Weltkinderdtag 1994 veranstaltet hat. Landtagspräsident Ulrich Schmidt lud die beiden Gewinnerinnen, deren Luftballone bis Raalte bzw. bis Meppel in den Niederlanden geflogen sind, für den 11. August 1995 in den Landtag ein. Nach dem Frühstück mit dem Landtagspräsidenten zogen Anna Wahle und Jeanette Apicella aus mehreren hundert Einsendungen für die diesjährige Veranstaltung „Kinder im Parlament“ am 19. September 1995 die ersten zehn teilnehmenden Schulen. Danach erwartete sie als Belohnung ein mehrstündiges attraktives Programm, das die beiden quer durch NRW führte.



Die Schülerschaft an den Grundschulen des Rheinisch Bergischen Kreises steigt im Schuljahr 1995/96 um 2,6 Prozent. 15 Stel-

len werden neu besetzt. Das geht aus der Antwort von Schulministerin Gabriele Behler auf eine Kleine Anfrage von Gisela Ley (beide SPD) hervor (Drs. 12/93).

Trauer um Horst Henning, Bernd Poulheim und Hans Koch

Mit großer Trauer hat der nordrhein-westfälische Landtag die Nachricht vom Tode seiner ehemaligen Mitglieder Horst Henning, Bernd Poulheim (beide SPD) sowie Hans Koch (F.D.P.) aufgenommen. Der frühere Abgeordnete Henning starb am 31. August, sein Kollege Poulheim am 17. August und der Politiker Koch am 14. August dieses Jahres. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat im Namen des Parlaments den Angehörigen sein Beileid übermittelt.

Der Betriebsmeister Horst Henning, Oberbürgermeister von Leverkusen, stammte aus Lünen, wo er am 8. März 1937 geboren wurde. Der SPD gehörte er seit 1957 an. Seit 1964 war er Ratsherr in Leverkusen und von 1969 bis 1974 führte er als Fraktionsvorsitzender die SPD-Fraktion im Rat der Stadt. Von 1979 bis 1984 war er Bürgermeister. 1984 wurde er zum Oberbürgermeister gewählt. Horst Henning gehörte als Mitglied dem Bezirksplanungsrat Köln von 1976 bis 1984 an. Von 1980 bis 1984 war er stellvertretender Vorsitzender des Braunkohlensausschusses. Dem Landtag gehörte er von 1975 bis 1995 an. Neben seiner politischen Tätigkeit füllte er eine

Vielzahl von Ämtern aus, die von der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Sparkasse über den Verwaltungsrat des Sportvereins Bayer Leverkusen bis zum Vorsitz im Beirat des Wupperrmannbildungswerkes Leverkusens reichten. Ein Herzensanliegen war ihm die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden. Für sein herausragendes Engagement erhielt er 1994 als höchste jüdische Ehrung einen Platz im Goldenen Buch des israelischen Volkes.



Der kaufmännische Angestellte Bernd Poulheim aus Bergheim wurde am 30. Mai 1932 in Köln geboren. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Bis 1964 war er als Industriekaufmann tätig, anschließend als Arbeitsgruppenleiter und von 1973 bis 1984 als Betriebsratsvorsitzender bzw. Betriebsratsmitglied bei den Rheinischen Braunkohlenwerken AG tätig. Der SPD gehörte Poulheim seit 1961 an. Von 1972 bis 1980 war er Mitglied im Unterbezirksvorstand und Mitglied im Stadtverbandsvorstand. Von 1965 bis 1975 gehörte er als Mitglied dem Gemeinderat Oberaufem-Fortuna und der Amtsvertretung Bergheim

an. Seit 1980 war er Bürgermeister. Dem Kreistag Erftkreis gehörte er seit 1975 an. Schon früh, im Jahre 1953, war Bernd Poulheim der IG Bergbau und Energie beigetreten. Dem Landtag gehörte er vom 29. Mai 1980 bis zum Ende der 11. Legislaturperiode im Mai dieses Jahres an.



Der Stadtdirektor a. D. Hans Koch aus Solingen, zuvor Langenfeld, wurde am 25. März 1911 in Duisburg geboren. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Er war von 1938 bis 1945 Stadtinspektor bei der Stadtverwaltung Düsseldorf, danach von 1946 bis 1951 Kreisoberinspektor bei der Kreisverwaltung Olpe. Er wurde dann Verwaltungsdirektor und danach Erster Beigeordneter in Bensberg und war bis 1968 Stadtdirektor in Langenfeld. Der F.D.P. gehörte er seit 1964 an. Von 1968 bis 1973 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Rhein-Wupper. Im Landtag, dessen Mitglied er von Juli 1970 bis Mai 1980 war, führte er als Vorsitzender die F.D.P.-Fraktion. Er gehörte ferner dem Landesvorstand seiner Partei an. Auch in der Landschaftsversammlung Rheinland hatte er den Vorsitz der Landschaftsfraktion der F.D.P. inne.

Blick in die Landesgeschichte

Vor 50 Jahren entstand demokratisches Parteiensystem Neubeginn konnte in stabile Bahnen gelenkt werden

Ein überwiegend stabiles Parteiensystem ist heute für uns selbstverständlicher Bestandteil des politischen Lebens. Vor 50 Jahren wußte jedoch niemand, ob sich in Deutschland eine Parteiendemokratie überhaupt dauerhaft etablieren könnte, ob die Neu- und Wiedergründungen demokratischer Parteien Bestand haben würden und mit welcher Staatsform zu rechnen war. Neugründungen wie die CDU und die F.D.P. hätten auch wieder in der Versenkung verschwinden können, statt dessen verschwanden zwei Parteien, deren Wurzeln in die Weimarer Zeit und in das Kaiserreich zurückreichten: KPD und Zentrum.

Der Neuanfang gestaltete sich für jede Partei schwierig. Hitlers Diktatur war aktiv und passiv von weiten Teilen der Bevölkerung gestützt worden und konnte erst nach einem katastrophalen Krieg beseitigt werden. Die notleidenden und desillusionierten Menschen waren an Politik wenig interessiert. Sie sollten später die „skeptische Generation“ genannt werden. Zudem hatten Verfolgungen der Nazizeit, Krieg und Flucht die alten Milieustrukturen zerrissen, in denen das Parteileben der Weimarer Republik stark verwurzelt war. Initiativen zur Wiederbelebung des Parteilebens gingen daher von „oben“ aus, und zwar oft von ehemaligen Politikern der Weimarer Zeit und Widerstandskämpfern. Diese Persönlichkeiten hatten weitgehend klare Vorstellungen über die Parteien und die Rolle, die sie in einer künftigen deutschen Demokratie spielen sollten. Seit der Besetzung Westdeutschlands im April 1945 war jegliche politische Betätigung an die Erlaubnis der Besatzer gebunden. Es dauerte jedoch nicht lange, bis in privaten Treffen auf spätere Partei-gründungen hingearbeitet wurde. Nachdem im Potsdamer Abkommen die Zulassung und Förderung von Parteien beschlossen wurde, konnten sich ab 14. September 1945 in der britischen Besatzungszone demokratische Parteien wieder öffentlich betätigen. Schon Anfang September hatten sich die CDP (später CDU) für Nordrhein und für Westfalen sowie die SPD für das Rheinland neu- bzw. wiedergegründet. Von Oktober bis Dezember folgten Zentrum, LDP (später F.D.P.) und KPD.

Der Organisationsaufbau im späteren Nordrhein-Westfalen ging sehr unterschiedlich vonstatten. Während SPD, KPD und Zentrum versuchten, an ihre alten Parteistrukturen anzuknüpfen, mußten CDU und F.D.P. die vielen regionalen Gründungsinitiativen zu geschlossenen Parteien zusammenfügen.

Wenn auch die SPD in der Frühphase ihrer Wiedergründung kein geschlossenes Bild abgab, verfügte sie doch in Westdeutschland schon bald über eine unumstrittene Parteiführung in der Gestalt von Kurt Schumacher, der Organisationsaufbau und Programmatik unmittelbar nach Kriegsende von seinem Büro in Hannover aus zentral zu lenken begann. Mit seinen Positionen knüpfte er an die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der SPD der Weimarer Republik an. In der zunächst wichtigsten Frage,

der Frage nach der künftigen Staatsform Deutschlands strebte die SPD — wie alle anderen Parteien — den Erhalt der Reichseinheit und eine starke, zentral geführte Regierungsgewalt an. Der kapitalistischen Wirtschaftsform wurde von Sozialdemokraten eine Mitschuld am Faschismus gegeben, so daß es nun galt, die Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen. Vom Kommunismus grenzte sich die SPD scharf ab. Die SPD Rheinland gründete sich am 9. September 1945 in Duisburg, am 22. November 1945 bildeten sich die SPD-Landesverbände westliches und östliches Westfalen.

Die CDU wurde in weiten Teilen von ehemaligen Zentrumsolitikern ins Leben gerufen. Pläne zur Schaffung einer überkonfessionellen christlichen Partei wurden schon gegen Ende der Nazi-Diktatur geschmiedet. Unmittelbar nach Kriegsende bildeten sich in verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens erste Gründerkreise. Am 2. September 1945 konstituierten sich in Köln und in Bochum ein rheinischer und ein westfälischer Landesverband. Im Gebiet Nordrhein-Westfalens propagierten viele CDU-Anhänger einen „christlichen Sozialismus“ und damit verknüpft die Bedarfsdeckungswirtschaft, die Vergesellschaftung der Großindustrie und eine breite Streuung des Privatbesitzes. Nachdem Konrad Adenauer im März 1946 zum Zonenvorsitzenden der CDU gewählt worden war, trat dieser solchen Auffassungen energisch entgegen, was zeitweise zu Konflikten mit dem späteren Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold, führte. Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU von 1947 versuchte noch, die divergierenden Flügel der Partei zu integrieren, wurde jedoch bald revidiert.

Preußische Rheinprovinz

Aber auch das Zentrum entstand wieder; die Gründungsversammlung fand am 14. Oktober 1945 in Soest statt. Die Vertreter dieser katholisch geprägten Partei wollten ihre sozialfortschrittliche Linie der Weimarer Zeit fortführen. Als Folge der Überkonfessionalität der CDU befürchteten sie einen verminderten Zentrumseinfluß und die Spaltung der Gesellschaft in einen „bürgerlichen“ und einen „marxistischen Block“. Die Wirkungsmöglichkeiten waren aber beschränkt; Ende der 50er Jahre war das Zentrum von der politisch-parlamentarischen Bühne verschwunden. Der KPD erging es ähnlich. Auch sie versuchte, an Weimarer Zeiten anzuknüpfen, konnte bei den ersten Landtagswahlen auch noch drittstärkste Kraft werden, büßte aber bereits vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht 1956 viel von ihrer Bedeutung ein. Durch ihr Einschwenken auf die von Ostberlin und Moskau vorgegebene Parteilinie geriet die KPD auch in ihren Hochburgen im Ruhrgebiet mehr und mehr in die Isolation.

Der politisch organisierte Liberalismus wuchs aus einer Vielzahl lokaler und regio-

nalener Gründungen seit dem Frühjahr 1945 zusammen. Anfang Januar 1946 wurde dann in Opladen der Zonenverband der Freien Demokratischen Partei gegründet. Im Gegensatz zu den größeren Parteien besaß die F.D.P. keine „Vorfeldorganisationen“ wie Kirchen oder Gewerkschaften. In ihrer Gründungsphase trat die F.D.P. wegen innerparteilicher Gegensätze sehr uneinheitlich auf. Einig war sie jedoch in der Betonung der Marktwirtschaft und in der strikten Ablehnung von Sozialisierungen, was sie 1947 in die alleinige Opposition zur Landesregierung von CDU, SPD, KPD, Zentrum brachte. Das Parteileben, das sich im Herbst 1945 wieder zu regen begann, brauchte Gremien, in denen es sich entfalten konnte, und eine Staatsform, auf die es sich beziehen konnte. Ein Land Nordrhein-Westfalen gab es noch nicht. Die preußische Rheinprovinz war von den Briten geteilt worden. „Nord-Rhein“ und Westfalen erhielten ab Juni 1945 jeweils eigene Provinzialregierungen, die von der Besatzungsmacht eingesetzt wurden. An diesen Provinzeinteilungen orientierten sich zunächst die Parteigründungen.

Ein weiterer Schritt zur Beteiligung der Parteien am politischen Leben war im Dezember 1945 die Einberufung von Provinzialräten für beide Provinzen, deren Zusammensetzungen auf britischen Schätzungen der Parteienstärke beruhten. Auch auf Zonenebene gab es erste bescheidene Wirkungsmöglichkeiten durch die Errichtung des Zonenbeirates im Frühjahr 1946. Nachdem Nordrhein-Westfalen im August 1946 als neues Land ins Leben gerufen worden war, änderte sich auch der Bezugsrahmen für die Parteien. Am 2. Oktober 1946 trat das erste Parlament des neuen Landes im Düsseldorfer Opernhaus zusammen. Die Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern von der britischen Militärregierung ernannt. Ab Dezember 1946 konnte dieser Landtag auch Gesetze erlassen, die jedoch bis zur Gründung der Bundesrepublik von der Zustimmung der Alliierten abhängig blieben. Nachdem Nordrhein-Westfalen 1946 mit den Kommunalwahlen die ersten freien Wahlen seit 1933 erlebt hatte, bereitete der neue 2. ernannte Landtag die ersten Landtagswahlen für den 20. April 1947 vor.

Die Landtagswahlen des durch die Angliederung des Landes Lippe-Detmold im Januar 1947 noch einmal vergrößerten Nordrhein-Westfalen hatte folgendes Ergebnis: Stärkste Fraktion wurde die CDU mit 37,5 Prozent der Stimmen, gefolgt von der SPD mit 32 Prozent, der KPD mit 14 Prozent, dem Zentrum mit 9,8 Prozent und F.D.P. mit 5,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,3 Prozent.

Der Ausnahmesituation des Neubeginns entsprach, daß Ministerpräsident Arnold versuchte, eine Allparteienregierung zu bilden, was auch von den Briten gewünscht wurde. Obwohl diese nicht ganz zustande kam, weil mit der F.D.P. in Wirtschaftsfragen keine Einigung zu erzielen war, konnte durch die Arbeit der Parteien im ersten Landtag der demokratische Neubeginn in stabile Bahnen gelenkt werden. Andreas Malzahn

Professor Farthmann als Rechtsanwalt in Düsseldorfer Kanzlei tätig

Professor Dr. Friedhelm Farthmann will nach seinem Ausscheiden aus dem nordrhein-westfälischen Landtag als Rechtsanwalt tätig werden. Er hatte, nach Angaben der SPD-Fraktion, das Angebot angenommen, vom 1. September 1995 an in der Düsseldorfer Rechtsanwalts- und Wirtschaftsprüferkanzlei Scholz, Kraatz, Dittmann & Partner einzutreten, die auch international tätig ist und sich auf das Gebiet des Wirtschafts-, Unternehmens- und Steuerrechts spezialisiert hat. Die Kanzlei ist auch mit Büros in Berlin, Halle an der Saale und Brüssel vertreten. „Dabei geht es mir nicht um Etikette“, erklärte der ehemalige Minister und Fraktionsvorsitzende, „sondern ich möchte meine jahrzehntelangen wirtschafts- und sozialpolitischen Erfahrungen voll in meinem neuen Tätigkeitsbereich zur Geltung bringen.“

Landesstraßen

Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Mittel für den Um- und Ausbau von Landesstraßen zu kürzen. Das teilte Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Günter Langen zu Rückbauplänen für die L 677/L 678 in den Ortsdurchfahrten Hengsen und Opherdicke mit. Clement betonte, beide Maßnahmen könnten 1996 begonnen werden. Die Entscheidung darüber müsse der Landschaftsverband Westfalen-Lippe treffen, da ihm die Mittel vom Land zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen würden (Drs. 12/114).

Schadstoffe

Die Landesregierung teile nicht die Auffassung von Mülheimer Bürgern und der CDU Mülheim, daß die Schadstoffsammelstelle „Am Heifeskamp“ räumlich ausgelagert oder nur lokal betrieben werden sollte. Die Stadt Mülheim betreibe auf ihrem Stadtgebiet zur Entsorgung von Siedlungsabfällen weder eine Verbrennungsanlage noch eine Deponie. Bau und Betrieb einer überregionalen Schadstoffsammelstelle für die Karnap-Städte seien daher als Ausgleich im Rahmen dieses abfallwirtschaftlich erwünschten Verbundes zu sehen. Darauf verweist Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von sieben CDU-Abgeordneten, die berichtet hatten, die Bürger liefen gegen die neue Schadstoffsammelstelle in Mülheim-Dümpten Sturm (Drs. 12/66).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 14. September, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.



Michel Piccoli im alten Landtag

Das Gebäude des alten Landtages am Düsseldorfer Schwanenspiegel, in dem bis 1988 das Landesparlament tagte und in dem nach den bisherigen Vorstellungen künftig eine Dependance der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden soll, dient zwischenzeitlich als Filmstudio. In dem Komplex aus der Gröndertzeit finden Dreharbeiten zu dem Science-fiction-Streifen „Tykho-Moon“ statt. Vor der Kamera stehen die französischen Stars Michel Piccoli (Bild) und Jean-Louis Trintignant sowie Julie Delpy und Marie Laforet. Die nordrhein-westfälische Filmförderung unterstützt das zehn Millionen Mark teure Projekt. Regie bei den Arbeiten zu dem Polit-Thriller führt der französische Comic-Zeichner Enki Bilal. Die deutsch-französische Koproduktion ist sein zweiter Film. Der 69jährige Michel Piccoli spielt in dem Film einen Diktator irgendwo in Europa, der todkrank ist und all seine Hoffnungen auf den Organspender Tykho Moon setzt. Als der vermeintliche Lebensretter untertaucht, wird er der leidenden Bevölkerung zu einem Symbol des Widerstandes. Für den Film mußte im Ständehaus extra eine Empore eingezogen werden.

Foto: Hans Blosssey



Für ihre Verdienste auf kommunal- und landespolitischer Ebene ist die ehemalige Landtagsabgeordnete Marlis Robels-Fröhlich (CDU) mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden (l.). An ihrem Geburtstag erhielt sie aus der Hand von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) den Orden, der ihr vom Bundespräsidenten verliehen worden ist. Schmidt würdigte die Abgeordnete, die von 1983 bis 1995 dem Landtag angehörte und im Arbeitsausschuß, im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung sowie für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mitwirkte; Schwerpunkte ihres Engagements hätten vor allem im Kultur- und im Rechtsausschuß gelegen, wo sie seit 1990 die Funktion der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Sprecherin der Vollzugskommission innegehabt habe. Frau Robels, so Schmidt weiter, habe es immer in besonderer Weise verstanden, Beruf und Politik zu gegenseitigem Nutzen zu verbinden; das habe ihr jenes praxisorientierte Wirken im parlamentarischen Bereich ermöglicht, das sie stets ausgezeichnet habe.

Ständiger Beobachter des NRW-Landesparlaments für alle Landtage beim Europa-Ausschuß des Bundestages

Die Landesparlamente wollen mit dem Deutschen Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union künftig eng zusammenarbeiten. Darauf hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt in einem Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen.

Schmidt berichtet, die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Deutschen Landesparlamente habe auf ihrer Sitzung in Konstanz am 9. Mai abschließend über die

Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit den Landesparlamenten in Angelegenheiten der Europäischen Union beraten. Dabei hätten sich die Parlamentspräsidenten übereinstimmend für eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union des Bundestages ausgesprochen. Gerne habe man das Angebot des Bundestages angenommen, daß an den Sitzungen seines Europa-Ausschusses ein ständiger Beobachter des Landtages teilnehmen solle. Schmidt wies darauf hin, seine Amtsvor-

gängerin Ingeborg Friebe habe sich bereit erklärt, daß der Landtag von Nordrhein-Westfalen diese Aufgabe für alle Landtage wahrnehmen werde. In einem weiteren Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Bundestages, Dr. Norbert Wieczorek, hat der Landtagspräsident mitgeteilt, daß an den Sitzungen des Ausschusses künftig Ministerialrat Hans-Joachim Wegner oder in Vertretung Oberregierungsrat Günter Gross als ständige Beobachter der Landtage teilnehmen werden.

Literatur

Mit Fernunterricht und Fernstudium in die Zukunft

Kapitaler Katalog gibt Auskunft über ortsunabhängige Bildungsangebote

Nach mehreren Nachfragen sei allen interessierten jungen Lesern von „Landtag intern“, natürlich auch älteren, die sich noch einmal auf diesen Weg der Weiterbildung begeben wollen, mitgeteilt: Es gibt jetzt einen Katalog der Fernlehreangebote in der Bundesrepublik Deutschland „Fernunterricht – Fernstudium“, den das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht herausgegeben haben. Der umfangreiche Katalog von 1358 Seiten ist ein Gemeinschaftswerk von BIBB und ZFU, dem Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, der FernUniversität Hagen, weiteren Hochschuleinrichtungen, bei W. Bertelsmann Verlag in Bielefeld erschienen und kostet 29,50 Mark.

Fernunterricht und Fernstudium sind zu einem festen Bestandteil des Bildungssystems in der Bundesrepublik geworden. Für viele Menschen bieten Fernunterricht und Fernstudium die einzige Möglichkeit der Weiterbildung. Lernzeitflexibilität und Ortsunabhängigkeit dieser Bildungsform ermöglichen es den Teilnehmern, ihre unterschiedlichen persönlichen Lebenssituationen mit Weiterbildungsaktivitäten zu vereinbaren.

Der Katalog will angesichts der vielfältigen Angebote von Fernlehrgängen und Fernstudienkursen eine Transparenz des Angebots ermöglichen. Seine Informationen sind umfassend.

Die Bandbreite reicht von Fernstudienangeboten, mit denen man einen Hochschulabschluß erreichen kann, über Fernlehrgänge im berufsbildenden und allgemeinbildenden Bereich mit und ohne anerkannte Abschlußprüfungen bis hin zu sogenannten Hobby-Lehrgängen.

Die im Katalog aufgenommenen Fernunterrichts- und Fernstudienangebote sind überregional nutzbar und können in einem zeitlich festen Rhythmus oder ohne zeitliche Vorgabe absolviert werden. Sie sind adressatenspezifisch gestaltet, Lehrgangsziele und -inhalte sind auf die Anforderungen von möglichen Abschlußprüfungen abgestimmt. Die Angebote entsprechen den vom Gesetzgeber geforderten Qualitätsstandards.

Die im Katalog ausgewiesenen Lehrgangsziele umfassen beinahe das ganze Spektrum der Ausbildung in theoretischen Bereichen. Es reicht von Jura über Betriebswirtschaft, Technik, kaufmännisches Wesen, über die

Schulfächer, Sprachen bis zu Sportmanagement. Selbst Serbokroatisch oder die Trainer A-Lizenz für Bodybuilding tauchen im Schlagwortverzeichnis auf, das den Benutzern Hilfen an die Hand gibt, damit er gezielt nach bestimmten Fernlehr- und Fernstudienangeboten suchen kann.

Informationen über Fernunterricht und Fernstudium erteilen das Bundesinstitut für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, und die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht, Peter-Welter-Platz 2, 50676 Köln.

Stellenreserve

Die Stellenreserve als Stellenzuschlag sei nur ein Bestandteil der Lehrstellenberechnung. Ihre Reduzierung habe angesichts des gleichzeitigen Schülerzuwachses nicht zu einer Verminderung des Gesamtstellenbestandes im Schulbereich für 1995 geführt. Die Geldansätze für Personalausgaben für Lehrkräfte erforderten im Jahr 1995 im Vergleich zu 1994 nominal einen Mehraufwand von 280 Millionen Mark. Das teilt Kultusminister Hans Schwiier (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von acht CDU-Abgeordneten mit, die darauf hingewiesen hatten, daß die Stellenreserve um 2046 Stellen abgeschmolzen und 120 Millionen Mark dem Unterricht im Land entzogen werden sollten (Drs. 11/8305).

Mehr Passagiere

Die anhaltend starke Nachfrage nach Luftverkehrsdiensten führte im ersten Halbjahr des Jahres 1995 zu deutlichen Zuwächsen, die sich in den Verkehrszahlen des Düsseldorfer Flughafens widerspiegeln. 6 974 655 Passagiere wurden von Januar bis Juni am Rhein-Ruhr Flughafen Düsseldorf gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von neun Prozent. Durchschnittlich nutzten täglich 38 534 Passagiere den Düsseldorfer Airport, an dem das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Düsseldorf je zur Hälfte beteiligt sind.

Detmolder Regierungspräsident verabschiedete sich im Landtag

Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat den obersten Repräsentanten der Landesregierung in der Region Ostwestfalen-Lippe, Regierungspräsident Walter Stich, zum Abschied im Landtag empfangen. Dabei trug sich der scheidende Detmolder Regierungspräsident, der in den Ruhestand tritt, in das Gästebuch des Landesparlaments ein.

Der Landtagspräsident erinnerte an die 16jährige erfolgreiche Arbeit Walter Stichts an der Spitze der Bezirksregierung mit 800 Verwaltungsbediensteten. Stich hat sich in seiner Amtszeit immer für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in seiner Region eingesetzt. Die Finanzkraft der Ge-

meinden in Ostwestfalen-Lippe stieg während seiner Jahre um 150 Prozent. Unter Stichts Vorsitz trieben die Regionalkonferenzen die Umsetzung der „Zukunftsinitiative für die Region Nordrhein-Westfalens“ voran.

Bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten zeigte Walter Stich großes Engagement für die Belange der Aussiedler und Zuwanderer in seinem Regierungsbezirk. Seit 1983 war er Vorsitzender des Vorstands der Evangelischen Stiftung Ludwig Steilhof in Espelkamp, die Kinder, Jugendliche und Alte betreut, um ihnen die Eingliederung in ihrer neuen Heimat zu erleichtern. Walter Stich ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes.

Landtagspräsident gratuliert Winkels zum 75. Geburtstag

Der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, hat dem Präsidenten des LandesSportBundes, Richard Winkels, zu dessen 75. Geburtstag am 26. August ein Gratulationsschreiben zugesandt. Darin heißt es unter anderem:

„Lieber Richard, zu Deinem 75. Geburtstag gratuliere ich Dir, auch im Namen der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, sehr herzlich. In Deiner Funktion als Präsident des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen gelingt es Dir immer auf besondere Weise, die Interessen der Sporttreibenden in unserem Land in die politischen Beratungen einzubringen. Dafür spreche ich Dir meinen ausdrücklichen Dank aus. Gern erinnere ich mich auch an unsere gemeinsame Zeit im Landtag. Auch auf Deine Zeit als Vizepräsident des Landtags blicke ich stets mit besonderer Freude und Anerkennung zurück.“

Abschließend wünscht Landtagspräsident Ulrich Schmidt dem Jubilar Richard Winkels für dessen Wohlergehen alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg bei der Ausübung seines Amtes.

Picassos Welt der Kinder

Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die „Staatsgalerie“ des Landes, zeigt vom 9. September bis 3. Dezember die Ausstellung „Picassos Welt der Kinder“. Mit der Ausstellung wird der Versuch unternommen, ein Motiv durch das riesige Gesamtwerk des spanischen Künstlers zu verfolgen. Das Spektrum dabei ist weit. Es reicht vom Einzelporträt über das Familienbild bis zur mythologischen Darstellung und der genrehaften Gruppe. Gastkurator der Ausstellung ist Professor Dr. Werner Spies, der ein Buch über die Kinderdarstellungen Picassos publiziert hat, das als Grundlage der Ausstellung dient. Gezeigt werden 120 Werke — Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen, Grafiken und Gouachen — aus öffentlichen und privaten Sammlungen in Europa und den USA. Nach Düsseldorf ist die Ausstellung in der Staatsgalerie Stuttgart zu sehen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *568 01#, FAX
884 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Zweite Vizepräsidentin

Von
Andrea C. Stockhausen



Dr. Katrin Grüber

„Daran habe ich im Traum nicht gedacht.“ Katrin Grüber war letztlich wohl doch überrascht, daß sie am 1. Juni als erste Abgeordnete der GRÜNEN zur Landtags-Vizepräsidentin gewählt wurde. Als die 37jährige Biologin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hinblick auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD in das Rennen um dieses hohe Amt geschickt wurde, hatte sie sich zunächst wohl wenig Chancen ausgerechnet. Doch ihre Wahl gilt als Signal, als Zeichen des guten Willens der SPD. Wenn auch nicht alle Sozialdemokraten ihr die Stimme gaben — dafür aber einige von der CDU — bei diesem Thema lächelt Katrin Grüber nur. Denn der Umzug aus dem sechsten Stock des Landtages und dem „einfachen“ Abgeordneten-Büro hinunter in die dritte Etage bedeutet für die gebürtige Frankfurterin umgekehrt einen Schritt nach vorne auf der Karriereleiter: Mit Bergen von Ordnern, Unterlagen und Akten zieht sie in die Räume der Vizepräsidentin.

Kommen auch jetzt jede Menge repräsentative Verpflichtungen auf sie zu, so will sie doch ihr politisches Mandat nicht vernachlässigen. Dazu zählen ihre Schwerpunktthemen: die Chemie und die Gentechnik ebenso wie ihr „persönliches Steckenpferd“ — die Verwaltungsreform. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe“, sagt die ehemalige Umweltreferentin der Grünen. Eigens zu diesem Zweck will sich die sonst eher leger gekleidete Wahl-Düsseldorferin auch ein neues Kostüm zulegen. Besonders freudig schaut sie der Zusammenarbeit mit dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt und dem ersten Stellvertreter Hans-Ulrich Klose entgegen, die sie nicht nur menschlich sehr schätzt. „Ich habe mit ihnen schon in Ausschüssen bestens zusammengearbeitet“, meint die engagierte Politikerin, die seit 1990 im Landtag ist und seither unermüdlich durch das Land reist, um vor Ort Gespräche zu führen.

Kontakt wahrt sie beispielsweise auch zu den Interessenverbänden der Chemie. „Eine meiner interessantesten und spannendsten Wahlveranstaltungen vor der Landtagswahl war ein Besuch bei der Hüls AG in Marl“, erzählt sie. Dabei ging es um die Auswirkungen von PVC. Trotz kontroverser Standpunkte sei die Diskussion sehr ergiebig gewesen. Bei ihrer bevorstehenden Parlamentsarbeit — als Moderatorin über 221 Abgeordnete — muß ihrer Meinung nach der „Mensch mehr durchkommen“. „Ich will aber auf keinen Fall Ulrich Schmidt und Hans-Ulrich Klose vorweggreifen, die auf diesem Gebiet schon mehr Erfahrungen haben und sehr gute Arbeit geleistet haben.“ Eindrücke sammelte jedoch auch sie in dieser Hinsicht, und zwar bei der Leitung von Sitzungen als Ausschußvorsitzende. Trotzdem gab Katrin Grüber, die ursprünglich Biologie und Chemie für das Lehramt an Gymnasien studierte, zu, daß sie vor ihrer ersten Plenarsitzung „schon ein bißchen aufgeregt war“. Allzuviel einschalten will sie sich aber nicht in die Debatten, die sie im dreistündigen Wechsel mit Ulrich Schmidt und Hans-Ulrich Klose leitet. Denn: „Dann gilt man sehr schnell als Nörglerin.“ Das wiederum heißt nicht, daß sie den einen oder anderen Abgeordneten — egal welcher Couleur — nicht zur Ordnung rufen wird, wenn er oder sie in den Redebeiträgen übers

Ziel hinausschießt. „Die vordringliche Aufgabe der Politik ist es, gegen die Politikverdrossenheit anzugehen“, betont Katrin Grüber, die 1988 unter anderem Beraterin für die Umsetzung eines Recycling-Konzeptes in Stuttgart war. Sie denkt dabei vor allem an die schlechte Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl.

„Wir müssen auch die Öffentlichkeit mehr in die parlamentarische Arbeit einbeziehen, zum Beispiel durch Veranstaltungen“, schlägt Katrin Grüber vor. „Moderne Parlamentsarbeit braucht moderne Darstellungsformen.“ Hier schwebt ihr eine journalistische Aufarbeitung von Anhörungen und anderen Sitzungen im Landtag vor. Ähnliches hat sie bereits für ihren bisherigen Ausschuß „Mensch und Technik“ praktiziert. Im übrigen will sie diese Posten schweren Herzens aufgeben, denn das wäre ja „Ämterhäutung“.

„Dem Bürger muß Demokratie wieder mehr Spaß machen. Und wir müssen für mehr Verständnis für unsere Arbeit werben“, mahnt die 37jährige. Daß der Plenarsaal an Sitzungstagen teilweise halbleer sei, habe ja schließlich nichts damit zu tun, „daß wir Abgeordneten faul sind“. Sie erinnert an Termine oder Gespräche, die die Parlamentarier am Rande der Debatten führen müssen. Als ein Instrument, um für mehr Verständnis beim Bürger zu werben, bezeichnet sie Bürgerfragestunden. Die seien auch im Landtag selbst eine Überlegung wert. Fraglich sei jedoch, ob die Bürger extra nach Düsseldorf kommen würden. Vermutlich wäre es nach Ansicht von Katrin Grüber sinnvoller, so etwas direkt in den einzelnen Städten einzurichten.

Denn gerade Politik an Ort und Stelle ist nach Ansicht der rührigen Abgeordneten wichtiger denn je. „Wir müssen die Probleme der Menschen vor deren Haustüre lösen“, rät sie. Man dürfe sich nicht zu sehr vom alltäglichen Geschehen entfernen, sagt die Grüne, die sich selbst zum unabhängigen Flügel ihrer Partei zählt. Ganz klar erteilt sie deshalb auch den sogenannten „stromlinienförmigen Politikern“ eine Absage. Ein wichtiges Anliegen ist ihr von daher auch die Verwaltungsreform. Behörden transparenter und effektiver zu gestalten, das bedeutet für sie auch Bürgernähe. „Ein Stadtrat darf sich zum Beispiel nicht mit der Frage beschäftigen, welche Farbe ein Fahrradweg haben soll. Er muß ein komplettes Konzept für Radwege erarbeiten.“ Die Aufgaben konzentrieren und bündeln, so lautet die Devise für eine effektive politische Arbeit.

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 14. bis 17. September 1995

14.9. **Karl Meulenbergh** (CDU), 52 J.

16.9. **Albert Leifert** (CDU), 59 J.

17.9. **Jutta Appelt** (CDU), 56 J.

17.9. **Anke Brunn** (SPD), 53 J.

17.9. **Siegfried Martsch** (GRÜNE), 42 J.

★

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, früherer SPD-Fraktionsvorsitzender, hat mitgeteilt, daß er den Vorsitz der Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ nicht übernehmen kann. Mit Hinweis auf seine neue Tätigkeit in der Düsseldorfer Rechtsanwalt- und Wirtschaftsprüfkanzlei Scholz, Kraatz, Dittmann & Partner (siehe auch Seiten 4 und 17) schrieb Farthmann an den SPD-Fraktionschef **Klaus Matthiesen**: „Diese Tätigkeit wird es mir — schon aus zeitlichen Gründen — nicht erlauben, die geplante Enquetekommission zu leiten.“ Matthiesen hat diese Entscheidung nach Angaben der SPD-Pressestelle bedauert, sagte aber, er habe Verständnis dafür, daß Friedhelm Farthmann sich nun auf die neue berufliche Herausforderung konzentrieren wolle.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, erhält den Leo-Baeck-Preis des Zentralrates der Juden in Deutschland für 1995. Die mit 20 000 Mark dotierte Auszeichnung soll am 20. November in Berlin übergeben werden. Die Laudatio hält der vorjährige Preisträger, der ehemalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**. Rau wird für seine Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland sowie zwischen Israel und der Bundesrepublik ausgezeichnet. Der Preis ist nach dem aus Deutschland stammenden Rabbiner und Religionswissenschaftler **Leo Baeck** (1873 — 1956) benannt, der nach seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt nach London übersiedelte.

★

Heinz Hunger (SPD) ist auch in der 12. Wahlperiode erneut zum verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Landesparlament gewählt worden. Bei der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises „Verkehr“ wurde einstimmig für den Bielefelder Landtagsabgeordneten votiert. Zu seinem Stellvertreter wählte der Arbeitskreis erneut **Uwe Herder** aus Wuppertal.

★

Gerd-Peter Wolf (SPD) ist auch in der neuen Legislaturperiode wohnungs- und städtebaupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Der Essener Landtagsabgeordnete wurde in der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises „Städtebau und Wohnungswesen“ einstimmig gewählt. Seine Stellvertreterin ist erneut **Ellen Werthmann** aus Gelsenkirchen.

★

Herbert Reul (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag und Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen,

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Bilder der Phantasie für Kinder

„Le Immagini della Fantasia“ heißt eine Ausstellung, die seit zwölf Jahren die Bilder bekannter Kinderbuch-Illustratoren aus den verschiedensten Ländern zeigt, und bisher alljährlich in Sarmede, einer kleinen norditalienischen Stadt in der Provinz Treviso zwischen Venedig und den Dolomiten, ihren Ausgang genommen hat und dann durch zahlreiche europäische Städte gewandert ist. So war sie im Centre Pompidou in Paris, in Genua und in Aix en Provence zu sehen, in Deutschland dagegen noch nie. Das soll nun anders werden. Auf private Initiative des Journalisten Gereon Buchholz und des Buchhändlers Thomas Schmitz hin sind die „Bilder der Phantasie“ zum ersten Mal auch hierzulande zu sehen. Bis zum 1. Oktober beherbergt die Neue Aula der in Essen-Werden beheimateten Folkwang-Hochschule die komplette und aktuelle Ausstellung. Gezeigt werden 2 000 Bilder von 40 Künstlern aus 20 europäischen und außereuropäischen Ländern. Rund 60 Schulklassen werden bis zum Ende die Bilderschau besuchen und mit der Unterstützung von international bekannten Künstlern selbst malen. Dazu werden in der Ausstellung verschiedene künstlerische Techniken präsentiert, die u. a. erklären, wie Bühnenbilder entstehen, Karikaturisten arbeiten, wie Papier marmoriert wird sowie Bücher gebunden und mit Goldschnitt versehen werden.

ist neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur der Union.

★

Jutta Appelt (CDU), neue Landtagsabgeordnete, ist in der Ausschußübersicht in „Landtag intern“ Nr. 11 beim Ausschuß für Frauenpolitik irrtümlich der SPD zugeordnet worden. Richtig ist, daß Frau Appelt der CDU-Fraktion angehört.

★

Eckhard Uhlenberg (CDU), stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion im Landtag, ist auf dem Bezirksparteitag des CDU-Bezirksverbandes Sauer-Siegerland mit 87 von 89 Delegiertenstimmen als Vorsitzender wiedergewählt worden.

★

Professor Norbert Seidel, seit 1981 Verwaltungsdirektor des Westdeutschen Rund-

funks Köln (WDR), ist vom neuen Intendanten **Fritz Pleitgen** zu seinem Stellvertreter ernannt worden.

★

Paul Nelles, Staatssekretär a. D., ist neuer Vorsitzender der Schiedsstelle Pflegeversicherung. Darauf haben sich die Mitglieder dieser Institution in ihrer konstituierenden Sitzung einvernehmlich geeinigt. Die Schiedsstelle setzt sich zusammen aus dem unparteiischen Vorsitzenden, zwei weiteren unparteiischen Mitgliedern sowie je acht Vertretern der Kostenträger und der Träger von Pflegeeinrichtungen. Nach dem Pflegeversicherungsgesetz ist eine Schiedsstelle einzurichten, die tätig wird, wenn Vereinbarungen zwischen Kosten- und Leistungsträgern nicht zustande kommen. Die Schiedsstelle hat ihren Sitz in Düsseldorf-Kaiserswerth.